

UNIA **work**

DI ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



Heldinnen & Bösewichte: Das grosse work-Ranking 2023. Seiten 12-13

Diese fünf Arbeiter mussten auf der Baustelle wohnen und erhielten Dumpinglöhne. Dann griff die Unia ein.



Das Wunder von Bern

**36 305 Franken
Lohnnachzahlung
bar auf Baubüezer-
Hände.** Seite 3

FOTO: WORK / HENRIK OLOFSSON / YOUTUBE / GETTY IMAGES

Der Subventions-Konzern

Die meisten Subventionen für die Schweizer Bauern landen früher oder später in der Fenaco-Kasse. Seite 17

Der wilde Fisch-Händler

Ex-Mitarbeitende machen Politiker und Firmen-Boss Bernhard Zahner aus Gommiswald SG happige Vorwürfe. Seite 5

Die Wirtschafts-Nobelpreisträgerin

Claudia Goldin (Bild) hat als erste Frau den Nobelpreis für Wirtschaft erhalten. Was sie zur Lohndiskriminierung wirklich sagt, erklärt die Schweizer Ökonomin Jana Freundt. Seite 9





workedito
Anne-Sophie Zbinden

O TANNENBAUM

«Es lebe hoch, es lebe hoch, der Zimmermannsge-selle». Dieses Lied war Ende des 18. Jahrhunderts ein Hit. Lehrer Joachim August Zarnack (1777–1827) schrieb es um zu einem Liebeskummerlied: «O Mägdelein, o Mägdelein, wie falsch ist dein Gemüte». Er stellt die untreue Geliebte in Kontrast zum Tannenbaum, der mit seinen immergrünen Nadeln als Symbol der Treue gilt. Ein paar Jahre später wurde das Stück zum Weihnachtslied. Der Refrain blieb unverändert: «O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie treu sind deine Blätter». Erst viele Jahre später setzte sich die Variante mit den grünen Blättern durch.

Musik ist der Soundtrack unserer Zeit.

Ende des 19. Jahrhunderts entdeckte die erstarkende Arbeiterbewegung die Melodie für sich. «The Red

Flag» wird bis heute oft an Parteitagungen der britischen Labour Party gesungen. Über die Geschichte dieses Weihnachtsklassikers schreibt work-Ratgeber-Autorin Maria Künzli auf den Seiten 18 und 19.

REFRAIN. Lieder verändern sich, gehen mit der Zeit. Eingängige Melodien, mitreissende Rhythmen, Lyrics zum Mitsingen! Ohne Musik wäre die Welt ein Irrtum, klar. Vor ein paar Jahren war «Eres mía» (Du gehörst mir) von Romeo Santos, US-Sänger mit puerto-ricanischen Wurzeln, ein Hit. Alle sangen mit. Der Refrain: «No te asombres/Si una noche/Entro a tu cuarto y nuevamente te hago mía» – Sei nicht erstaunt, wenn ich eines Nachts in dein Zimmer einsteige und dich wieder zu meiner Frau mache. Eine angekündigte Vergewaltigung.

TON. Doch Songtexte dieser Art gibt es nicht nur im Latino-Machismo. In den gut schweizerischen Skihütten werden ähnliche Zeilen gedankenlos mitgegrölt, in Pop-Songs bringen sie die Kassen zum Klingeln und im deutschen Rap sind sie allgegenwärtig (zum Beispiel hier: rebrand.ly/hassparolen-hitparade, nichts für schwache Nerven). Provokation ist ein Stilmittel der Kunst, sicher. Die Schweizer Rapperin Big Zis lässt aber in einem Interview im «Beobachter» das Argument der künstlerischen Freiheit nicht gelten. Wirklich intelligente, angriffige und kreative Lines zu schreiben, ohne auf Stereotype zurückzugreifen, sei anspruchsvoll. «Dafür sind diese Typen doch einfach zu faul.»

TAKT. Musik ist eine Zeitzugin, der Soundtrack unserer Gesellschaft. In der es notwendig ist, dass Bau-Büezerinnen noch immer so elementare Dinge fordern müssen wie: «Pfeif mir nicht hinterher, du Pfeife» (Seite 8). In der Frauen und Männer noch immer nicht gleich viel verdienen und bürgerliche Medien die Schuld daran den Frauen in die Schuhe schieben. In der die Arbeitswelt Mütter bestraft, weil sie sich noch immer wie selbstverständlich um Küche und Kinder zu kümmern haben (Seite 9). Und in der Frauen noch immer um ihr Leben fürchten müssen, nur weil sie Frauen sind (Seite 14).

Doch zum Glück geben auch andere Lieder Ton und Takt an: «Respect» von Aretha Franklin, «Run the World» von Beyoncé, «Kämpf wiä äs Meitschi» von Lisa Bader. Oder eben der alte Weihnachtsklassiker: «O Tannenbaum».

Wir verabschieden uns in die Winterpause. Und auch von der letzten 21. work-Ausgabe. Denn im nächsten Jahr werden wir noch 15 Mal in Print erscheinen, dafür verstärkt auf unserer Website und auf Social Media (diese Seite) – weiterhin links und schön. Wir verabschieden uns auch von unserem Kolumnisten, Baubüezer Marius Käch, und senden ein herzliches Dankeschön nach Hanoi (Seite 7).

Die work-Redaktion wünscht Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, frohe Festtage und es guets Nöis!

Unia baut die Online-Kommunikation aus

«Wir stehen weiterhin hinter Qualitätsjournalismus»

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Eine Gewerkschaft, die auf den Strassen, in den Betrieben, den Branchen und an den Urnen mobilisieren will, braucht starke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und eine starke Kommunikation. Dazu gehören auch die Zeitungen und ihre Redaktionen – als Quelle der Information, im besten Falle sogar der Inspiration. Die Unia hat deren drei, Schwestern im gewerkschaftlichen Geiste: «L'Événement syndical» in der Romandie, «Area» im Tessin und «work» in der Deutschschweiz. Sie berichten über Gewerkschaftsthemen, geben Mitgliedern das Wort und leisten einen Beitrag in den politischen Kampagnen der Gewerkschaften.

AUSBAU. Die Unia wird bald 20 Jahre alt. In dieser Zeit haben sich die Lesegewohnheiten gewandelt, Computer und Smartphone sind für die meisten Menschen wichtige Begleiter, auch als Informationsquelle. Deshalb will die Unia ihre Kommunikation weiterentwickeln: Sie soll digitaler und visueller werden, näher an den Mitgliedern und

auch jüngere Menschen besser erreichen. Neu werden die Themen in einem abteilungs- und sprachübergreifenden Newsroom besprochen und geplant. Die Kommunikation soll besser koordiniert und Inhalte effizienter genutzt werden.

Die Unia steht weiterhin hinter Qualitätsjournalismus, im Wissen darum, dass

die Währung einer Zeitung unabhängig davon, ob sie gedruckt oder online erscheint, ihre Glaubwürdigkeit ist. In einer Zeit, in der viele Medienhäuser beim Journalismus sparen, bekennt sich die Unia zu ihren Redaktionen: Sie baut um, nicht ab. Stellen werden keine gestrichen, im Gegenteil.

Für die Redaktionen bedeutet dies, dass sie neben den Zeitungen mehr digitale Inhalte produzieren. Das heisst auch, dass sie ab 2024 ihre gedruckten Ausgaben reduzieren. Dafür werden sie ihre Präsenz im Web und auf Social Media erhöhen. Für diese neuen Aufgaben werden auch neue Stellen geschaffen. Das ist möglich durch die Reduktion der Kosten von Druck und Versand der Zeitungen.

UNTERSTÜTZUNG. Ich bin überzeugt, dass diese Weiterentwicklung der Kommunikation die politische Schlagkraft der Unia erhöht, die kämpferischen Belegschaften besser unterstützt und damit zu einer gerechteren und sozialeren Schweiz beiträgt.

VANIA ALLEVA,
PRÄSIDENTIN DER
GEWERKSCHAFT UNIA



FOTO: YOSHIKO KUSANO

Streikbeschluss bei Solothurner Ceva wirkt

Zahltag für Zalando-Auspackerinnen!

Seit Monaten fordern die Beschäftigten der Ceva Logistics in Neuendorf SO Lohnverhandlungen. Doch der Zalando-Partner mauert – und macht jetzt Zugeständnisse.

JONAS KOMPOSCH

Im Päcklitzurückschicken ist die Schweiz Europameisterin. Für viele ist es ganz normal, den neuen Schuh gleich in drei Grössen zu bestellen. Was nicht passt, wird retourniert. Gratis und franko. Möglich machen's Onlinehändler wie Zalando. Entsprechend riesig ist die Retourenflut – und diese landet zum Grossteil im solothurnischen Neuendorf bei der Ceva, einem globalen Logistikonzern.

Rund 300 Frauen und ein paar Männer arbeiten dort unter Hochdruck: 41 Retouren müssen sie pro Stunde bearbeiten – und das zu einem lausigen

Lohn. Brutto keine 3500 Franken beträgt der Monatslohn. Einen Dreizehnten gibt es nicht.

Zufrieden ist die Belegschaft damit noch lange nicht.

Eine Ceva-Arbeiterin sagte im September zu work: «Netto habe ich etwa 3000 Franken. Davon kann niemand leben.» Nicht einmal eine Krankentag-geldversicherung bietet Ceva. Doch jetzt kommt Bewegung in die Sache.

ES BLEIBT SPANNEND. Die Firma hat angekündigt, auf 2024 den 13. Monatslohn einzuführen, die Löhne zu erhöhen sowie die Ferien stufenweise auf fünf Wochen anzuheben. Zudem sollen mehr Leute eine Festanstellung bekommen. Derzeit arbeiten über die Hälfte temporär. Ge-

naue Zahlen sind jedoch nicht bekannt. Denn die Geschäftsleitung weigert sich, mit der Belegschaft und ihrer Gewerkschaft an einen Tisch zu sitzen. Daher deutet nichts darauf hin, dass die Buezerinnen aufgeben, was sie am letzten Frauentreiktag begonnen haben.

Am 14. Juni schickten sie der Ceva-Leitung einen Brief mit der Bitte um Verhandlungen. 170 Arbeiterinnen haben unterzeichnet. Die Chefs wollten nichts davon wissen. Also schalteten die Ceva-Frauen mit der Unia einen Gang höher: mit einer Protestversammlung vor den Werkstoren. Die Chefs gaben sich unbeeindruckt. Tatsächlich spitzte sich die Lage



PROTEST: Die Buezerinnen der Ceva fordern mehr Respekt für ihre Arbeit.

FOTO: MANU FRIEDERICH

zu. Das zeigt eine Abstimmung von Ende November: Die Belegschaft votiert für Streik! Dies für den Fall, dass die Geschäftsleitung weiterhin Verhandlungen verweigert. Und jetzt, keinen Monat nach dem Ultimatum, die Lohnversprechen. «Ein überfälliger Schritt», sagt dazu Unia-Logistiksekretär Roman Künzler. Zufrieden sei die Belegschaft damit noch lange nicht. «Die Leute wollen echte und transparente Verhandlungen.»

Die nächste gedruckte Ausgabe von work erscheint am 26. Januar 2024. Wir sind weiterhin präsent – auf workzeitung.ch und unseren Social-Media-Kanälen.

Nach Baustellen-Blockade der Unia in Bern: Lohn-Weihnachtswunder für ungarische Búeazer



Streik bringt Stellen

FREIBURG. Der dreitägige Streik im Jugendamt des Kantons Freiburg zeigt Wirkung: Die Kantonsregierung geht auf die Forderungen der 37 Streikenden ein und hat angekündigt, dass sie die Stellen beim Kinderschutz aufstocken wird. Zusammen mit der Gewerkschaft VPOD fordern die Mitarbeitenden des Jugendamtes 15 zusätzliche Stellen. Damit könne im Bereich Kinderschutz jeweils eine Mitarbeitende rund 50 Kinder betreuen.

Post streicht 4000 Stellen

BERN. Die Post hat definitiv entschieden, dass sie die Verteilung unadressierter Werbung durch die Tochterfirma DMC einstellt. Damit verlieren fast 4000 Personen ihre Arbeit. Die meisten arbeiten im Stundenlohn



VORBEI: Die Post stellt die Werbeverteilung ein. FOTO: KEYSTONE

und mit niedrigen Pensen. Die Gewerkschaft Syndicom forderte im Konsultationsverfahren für alle Betroffenen eine Anschlusslösung inner- oder ausserhalb des Post-Konzerns. Dieser hat Hilfe bei der Stellensuche angekündigt, aber keine Zusagen für Weiterbeschäftigung gemacht.

Grossdemo gegen EU-Sparplan

BRÜSSEL. 15 000 Mitglieder von über 30 Verbänden des Europäischen Gewerkschaftsbunds sind am 12. Dezember für eine Demo nach Brüssel gereist. Auch eine Delegation der Unia war dabei. Der Protest richtete sich gegen die EU-Kommission und Teile des EU-Parlaments, die eine rigide Austeritätspolitik anstreben. Staaten mit einem Defizit von über 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) müssten ihr Haushaltsdefizit jedes Jahr um mindestens 0,5 Prozent des BIP senken. Damit müsste etwa Spanien seine Ausgaben jährlich um 6,6 Milliarden Euro und Frankreich um 13 Milliarden kürzen.

Hungerlöhne in Fashion-Fabriken

DHAKA. In den Textilfabriken von Bangladesch gilt ab Dezember der monatliche Mindestlohn von 12 500 Taka (100 Franken). Die internationale Gewerkschaft Industriall und die Clean Clothes Campaign kämpfen gegen diesen Mindestlohn, der deutlich unter dem Existenzminimum liegt, aber für fünf Jahre gelten soll. Während der Mindestlohnproteste hat das Militär vier Protestierende getötet. Mehr als hundert Arbeiterinnen und Arbeiter wurden verhaftet, sechs von ihnen sind weiterhin in Haft. Protestierende Näherinnen werden auf schwarzen Listen geführt, ihnen droht die Entlassung.

Fünfzehn Franken pro Stunde und Übernachten auf der Baustelle zwischen Feinstaub und Farbkübeln. So lebten fünf Ungarn mehrere Wochen. Dann griff die Unia durch.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Am 6. Dezember, dem Samichlaustag, wollten die Bausekretärinnen und -sekretäre der Unia Bern den Arbeitern auf den Baustellen eine Freude machen. Sie verteilten Säckli mit Nüssen und Schokolade. Doch was Gewerkschafterin Sonia Oliveira an der Konsumstrasse vorfand, war alles andere als erfreulich: «Ich betrat die Baustelle und sah in einem Raum Klappbetten aufgestellt. In einem weiteren Raum zwischen Bauschutt eine provisorische Küche. Im Keller ein WC und eine Dusche in einem grauenhaften Zustand. Mir wurde sofort klar: Hier wohnen Menschen!»

Auch work besuchte die Horror-Baustelle. Die Zustände erinnern an Saisonierbaracken wie jene auf dem Bühler-Areal in Biel (work berichtete: rebrand.ly/BuehrerAreal). In Bern arbeiteten fünf ungarische Búeazer seit Wochen an der Totalsanierung des Altbaus. Und zwar komplett ohne Schutzkleidung und Sicherheitsmassnahmen auf der Baustelle. Und tatsächlich: Sie «wohnten» auch da!

SOFORT HANDELN WAR NÖTIG

Noch am gleichen Tag griff die Unia ein und klärte die Bauarbeiter über ihre Rechte auf, etwa über den Mindestlohn gemäss Landesmantelvertrag. Einer der Arbeiter sagte zu work: «Wir wussten nicht, dass uns für die Arbeit fast der doppelte Stundenlohn zusteht.» Versprochen wurde ihnen

ein Dumpinglohn von 15 Franken die Stunde. Stefanie von Cranach, Teamleiterin Bau der Unia Bern, war vor Ort im Gespräch mit den Búeazern. Sie sagt: «Wir haben die Arbeiter über ihre Rechte aufgeklärt und ihnen zugesichert, dass wir sie unterstützen.» Herausfordernd war, dass nur einer der vier Männer Englisch konnte. Deshalb kümmerten sich die Unia-Leute um eine Dolmetscherin.

«Wir wussten nicht, dass uns fast der doppelte Stundenlohn zusteht.»

UNGARISCHER BAUARBEITER

und mit unserer Hilfe schnellstmöglich ihre Löhne einfordern.» Nun war es an den Bauarbeitern, die Hilfe anzunehmen. Kurz herrschte grosse Aufregung, einige von ihnen hatten Angst vor Konsequenzen. Die Arbeiter wurden von der Firma Maszbo Team KFT mit Sitz in Budapest in die Schweiz entsandt. Generalunternehmer der Baustelle ist die Roga GmbH mit Sitz im Kanton Schwyz. Von Cranach: «Die Arbeiter haben kurz unter sich diskutiert und sich dann entschieden zu kämpfen!»

BAUSTELLE STILLGELEGT

Noch am gleichen Abend offerierte ihnen die Unia eine warme Mahlzeit und eine Übernachtung in einem Hotel in Bern. So konnten sie gestärkt in den Verhandlungstag starten. Frühmorgens am 7. Dezember schritten die Búeazer mit der Unia zur Tat: Sie blockierten die Baustelle komplett. Mit Absperrband, Transparenten und Unia-Fahnen.

Bald kreuzte auch der Chef der Schwyzer Roga auf. Er zeigte sich ahnungslos und schockiert über die Umstände vor Ort. Dabei ist klar: Die Verantwortung für diese grauenhaften Zustände liegt

Die Baustelle: Zürcher Immo-Hai in Bern

Eine ehemalige Mieterin an der Konsumstrasse wandte sich an die work-Redaktion. Sie liefert brisante Details: «In unserer Waschküche standen nie ein WC oder eine Dusche. Dies wurde nachträglich reingebaut.» Mit dem Besitzerwechsel an die Zürcher Immobiliengesellschaft BJH GmbH erhielten sie und alle anderen Mietenden die Kündigung per November 2023. «Was für die ungarischen Arbeiter zur Hölle wurde, war vor der Totalsanierung unser Zuhause!» (dak)

letztlich bei ihm als Generalunternehmer. Aber im Haus waren auch weitere Arbeiter beschäftigt, etwa Elektriker und Zimmermänner. Auch sie wussten von der unwürdigen Wohnsituation der Ungarn – gemeldet hat das aber niemand.

ÜBER 36 000 FRANKEN BAR AUF DIE HAND

Der Generalunternehmer zeigte sich aber sofort kooperativ. Als die Unia den Búeazern vorrechnete, wie hoch ihr korrekter Lohn samt Spesen und Ferienzuschlägen war, konnten einige ihre Freude nicht zurückhalten. Gesamthaft standen ihnen 36 305 Franken zu! Noch am selben Tag hob der Generalunternehmer den Betrag bei seiner Bank ab und überreichte das Geld den fünf Arbeitern bar auf die Hand.

«Das war ein sehr emotionaler Moment», sagt Bausekretär Johannes Supe, «einige der Ungaren hatten Tränen in den Augen. Für sie ist das sehr viel Geld.» Weiter wollte der Generalunternehmer zwei der Búeazer anstellen, um die Arbeiten fertigzustellen. Sie lehnten aber dankend ab. Am selben Abend setzten sich die fünf in ihr Auto und fuhren heim nach Ungarn. Ein wahres Weihnachtswunder!

Bundesratswahlen Jans gewählt, Rechte spielte

Ein Arbeitersohn kommt in die Regierung. Und die rechten Parteien spielen Spielchen.

CLEMENS STUDER

Beat Jans heisst der Nachfolger von Alain Berset. Jans' Karriere im Kurzdurchlauf: Als Sohn einer Verkäuferin und eines Metallbauschlossers in Riehen aufgewachsen. Nach der Matur Lehre als Bauer. Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Naturwissenschaftliches Studium an der ETH. Mit 34 in die SP eingetreten. Blitzstart. Nach zwei Jahren kantonalen Partei-



DER NEUE: Die Vereinigte Bundesversammlung hat SP-Mann Beat Jans zum neuen Bundesrat gewählt. FOTO: KEYSTONE

präsident. Unter seiner Führung erstarkt die SP wieder und erreicht 2005 zusammen mit den Grünen die Regierungsmehrheit. Kantonsrat, Nationalrat, Regierungspräsident. Jetzt Bundesrat. Gewählt im dritten Wahlgang mit 134 Stimmen. Der zweite SP-Kandidat Jon Pult erhielt 43 Stimmen. Und der Rest? Der ging an Daniel Jositsch. Zürcher Ständerat, Dauerkandidat, Liebling der Rechten und Held der Zürcher Zentralredaktionen – und von der SP nicht nominiert. Jetzt nicht und letztes Jahr auch nicht.

RECHTE SPIELE

Die Chefs der rechten Fraktionen von SVP und FDP hatten angekündigt, sie würden bei der Ersatzwahl von Alain Berset einen Kandidaten vom SP-Ticket wählen – aber nur, wenn Ignazio Cassis gut gewählt würde. Das wurde der FDP-Bundesrat von SVPs Gnaden dann auch im ersten

Zwischen einem Drittel und einem Viertel schrieben Ego-Shooter Daniel Jositsch auf den Wahlzettel.

Wahlgang – mit 167 Stimmen unfallfrei. Der Grünen-Kampfkandidat Gerhard Andrey kam auf 59. Die Rechten begannen ihre Spielchen bei der Wiederwahl von SP-Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider. Sie wurde abgestraft, weil sich die Rechte vor einem Jahr geirrt hatte: Sie wollten der SP «ein Ei legen». Und haben dabei dem Land unfreiwillig zu einer Bundesrätin mit einer klaren Haltung zu Kaufkraft, Klimaschutz, Gleichberechtigung und Geflüchteten verholfen. Dann kam die Ersatzwahl für Alain Berset, und die rechten Spielchen gingen richtig los: In den drei Wahlgängen kam Daniel Jositsch auf den zweiten Rang vor Jon Pult. Zwischen einem Drittel und einem Viertel der Bundesversammlung schrieben jeweils den Ego-Shooter auf den Wahlzettel. Völlig losgelöst von dem, was bürgerliche Fraktionschefs so erzählen, wenn der Wahltag jung ist.

AUSSERHALB

Es wird sich in den kommenden Monaten zeigen, was Beat Jans im Bundesrat bewegen kann. Klar ist und bleibt: Die hartrechte Mehrheit aus SVP und FDP im Bundesrat bleibt bestehen und wird weiter im Gleichschritt mit der rechten Parlamentsmehrheit im Zweifel für die Umverteilung von unten nach oben arbeiten. Wie in den vergangenen Jahren wird den Gewerkschaften nichts anderes übrigbleiben, als zusammen mit den fortschrittlichen Parteien die schlimmsten Auswüchse des Sozialabbaus mit Referenden zu bekämpfen, zum Beispiel die BVG-Abbauvorlage. Und reale Verbesserungen an die Urne zu bringen, zum Beispiel die 13. AHV-Rente.

Mieten und Wohnen: Der gefährliche Klassenkampf von oben «Das ist der Kaufkraftkiller Nummer eins!»



KÄMPFERISCH: Jacqueline Badran warnt vor einer sehr starken Immobilienlobby, die das Mietgesetz immer wieder angreift. FOTO: SALVATORE VINCI/13PHOTO

Die Mieten steigen und steigen. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran spricht über unverschämte Renditen, die Gründe der Wohnungskrise und den längst nötigen Aufstand der Mieterinnen und Mieter.

IWAN SCHAUWECKER

work: «Die Mietenden sind die Milchkühe der Nation.» Das sagen Sie immer wieder. Was bedeutet das?

Jacqueline Badran: Die Mietenden sind dazu da, die Renditen der Immobilienbesitzer zu sichern. Man schiebt die Leute ins Hamsterrad und sagt: Geht krüppeln und gebt einen beliebig hohen Teil eures Lohnes ab. Obwohl das gesetzlich verboten ist. In konkreten Zahlen: Die Mieterinnen und Mieter in diesem Land zahlen 10,5 Milliarden Franken zu viel. Das sind 370 Franken pro Miethaushalt und Monat! (Mehr Infos in der Studie: rebrand.ly/bassmieten). Die überhöhten Mieten, das ist der Kaufkraftkiller Nummer eins. Es läuft eine riesige Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Kapitaleigentümern.

Welche Renditen sind verboten?

Gemäss dem Mietgesetz darf man auf Immobilien keine beliebig hohen Renditen machen. Bis Ende 2020 galt ein Renditedeckel von 0,5 Prozent über dem Referenzzinssatz. Dann hat das Bundesgericht entschieden, dass der Renditedeckel auf 2 Prozent erhöht wird. Jetzt ist der Referenzzinssatz auf 1,75 Prozent gestiegen, was zu weiteren Mieterhöhungen führt. Doch das Gesetz ist das eine, das andere die Realität: Die Besitzer setzen den Preis, und Firmen wie Crowdhouse versprechen in ihrer Werbung sogar 7 Prozent Rendite.

Und solche überhöhten Renditen können nicht angefochten werden?

Das ist nur beim Neubezug einer Wohnung und innerhalb eines Monats möglich. Die Mietenden müssten wissen, wie stark der Mietzins gegenüber der bisherigen Miete gestiegen ist. Mitte-Rechts hat im Nationalrat die Einführung einer schweizweiten Mitteilungsfrist der Vormiete gerade wieder abgelehnt. Die Mietenden müssen zudem beweisen, dass es eine überhöhte Rendite ist. Mit Hilfe des Mieterverbandes ist es möglich, aber es gibt enorme Hürden. Nur 0,2 Prozent aller Anfangsmieten werden angefochten. In der Realität herrschen also Marktmieten. Aber es ist kein klassischer Markt, sondern die Anbieter setzen den Preis, weil alle wohnen «müssen». Das führt auch zu den stark steigenden Preisen in den Städten und Agglomerationen.

Den Begriff «Wohnungsnot» finden Sie dennoch falsch. Warum?

Der Begriff suggeriert, dass wir das Problem mit mehr Wohnungsbau lösen könnten. Aber wir haben ein systemisches Problem: Zwischen 2008 und 2021 waren die Zinsen tief, es wurde viel gebaut, und die Leerwohnungsziffer hat sich in der Schweiz verdoppelt. Aber die Mieten wurden nicht gesenkt. Wir haben keine akute Notlage, sondern ein chronisches Problem: Es ist nicht eine «Wohnungsnot», sondern eine «Wohnungskrise».

In den Städten steigen die Mieten besonders stark: Was hat die rot-grüne Stadtregierung in Zürich zum Beispiel falsch gemacht?

Grundsätzlich ist die Nichtanwendung des bestehenden Mietrechts das Problem. Da kann die rot-grüne Stadtregierung nichts dagegen tun. Der Boden, der im Besitz der Stadt Zürich

ist, wird an Gemeinnütziges abgegeben. Und die Stadt versucht auch, Boden zu kaufen. Doch Fakt ist: Die Genossenschaften und Gemeinnützigen stagnieren seit Jahrzehnten bei 25 Prozent Wohnungsanteil. Aber die börsenkotierten Immobilienfirmen, die Immobilienfonds und Pensionskassen haben ihren Anteil in den letzten zehn Jahren von 25 Prozent auf 33 Prozent erhöht. Was von Privaten verkauft wird, geht hauptsächlich an diese profitorientierten Anleger.

Über welche Firmen sollten wir besser Bescheid wissen?

Die Swissslife ist eine der grössten Preistreiberinnen. Sie zahlte letzthin 13 000 Franken pro Quadratmeter für ein Grundstück an der Autobahn, das die Genossenschaft «Mehr als wohnen» kaufen wollte. Das sind Preise wie in New York und Tokyo. Wir müssen mehr über die wichtigen Sachen sprechen: Die Immobilienfirmen sind nicht dem Geldwäschereigesetz unterstellt, die Lex Koller wurde ausgehöhlt, was bedeutet, dass immer mehr ausländisches Kapital reinkommt. Das führt dazu, dass die Bodenpreise durch die Decke gehen. In Schweizer Firmen wie Mobimo oder All-

«Die Mieterinnen und Mieter in der Schweiz zahlen 10,5 Milliarden Franken zu viel.»

real sitzen grosse globale Kapitalgeber drin: Blackrock, JP Morgan, Paribas und so weiter. Dieses Kapital verdrängt sogar die Pensionskassen und natürlich auch Genossenschaften oder Familien, die sich Boden kaufen wollen.

Und im Parlament, läuft da etwas gegen diese Krise?

Es ist das pure Gegenteil! Wir haben eine sehr starke Immobilienlobby, der ist das aktuelle Gesetz ein Dorn im Auge. Sie wollen, dass einfacher gekündigt werden kann, denn nur dann können sie die Mieten unverschämte erhöhen. Auch die Untermiete soll erschwert werden und Eigenbedarf einfacher geltend gemacht werden können. Alle diese Vorschläge kommen in einer Salamtaktik einzeln zur Abstimmung, obwohl es eigentlich das gleiche Gesetz betrifft. Wir müssen für jedes Detail ein einzelnes Referendum ergreifen. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal!

Doppelreferendum: Gegen den Angriff auf das Mietrecht

Die Unia und der SGB unterstützen das Doppelreferendum des Mieterverbandes gegen den Angriff auf das Mietrecht. Zur Halbzeit der Sammelfrist wurden bereits über 60 000 Unterschriften gesammelt. Über das Referendum wird im nächsten Jahr abgestimmt. (Referendum unterstützen: rebrand.ly/mietrecht.)

MIT ZIGARRE: Bernhard Zahner beim Fischen auf dem Zürichsee. FOTO: NJAZI NIVOKAZI



Personal übt harsche Kritik an St. Galler Fischhändler-Geschäft

Heiland Zahner, hier stinkt es zum Himmel!

Totalüberwachung und Stundenmarathons: Ex-Mitarbeitende der Fischhandelsfirma Zahner in Gommiswald SG erheben schwere Vorwürfe gegen den Chef.

JONAS KOMPOSCH

Im gallischen Dorf von Asterix und Obelix heisst der Fischhändler Verleihnix. Er ist immun gegen alle Arten von Gerüchten und verliert gegenüber Kritikern leicht die Fassung. Im sanktgallischen Gommiswald heisst der Fischhändler Bernhard Zahner.

«Ältere Stücke wurden einfach zu Fischknusperli verarbeitet.»

EX-VERKÄUFER
SEPP SCHEIDEGGER*

Der 34-jährige ist Geschäftsführer des gleichnamigen KMU, Präsident des Schweizerischen Verbands von Comestibles-Importeuren (SIC), Mitglied der Marketingkommission der Fleisch-Lobbyorganisation Proviande und seit 2016 SVP-Kantonsrat. Im St. Galler Parlament präsidiert er die «Interessengruppe Fisch und Fleisch». Damit rangiert Zahner höher als sein gallisches Pendant. Und doch hat er mit Verleihnix einiges gemein.

KAUM SCHLAF AN OSTERN

Es ist Mitte November, als sich Linus Bircher* bei work meldet. Der Fischverkäufer stand neun Jahre lang in Zahners Diensten, war sein erfolgreichster Marktfahrer. Immer, wenn er gebraucht wurde, sprang er ein. Beschwerft hatte er sich nie. Dabei hätte er Anlass genug gehabt. Zum Beispiel wegen der alljährlichen Stundenmarathons vor Karfreitag und Ostern. Am Gründonnerstag 2022 etwa musste Bircher 15 Stunden durcharbeiten, am Vortag sogar fast 21 Stunden, und noch einen Tag früher waren es 12 Stunden. Das beweist sein Stundenrapport, der work vorliegt. «Schlafen lag

da nicht mehr drin», sagt Bircher. Auch Lohnzuschläge habe es nicht gegeben, weder für die Nachtarbeit noch für die Überstunden. Über 200 davon hatte er Ende Jahr angesammelt. Und schon seine «normalen» Schichten waren happig. Sie dauerten im Schnitt rund 9 Stunden – am Stück! Denn Pausen sind gesetzlich zwar vorgeschrieben, aber für Zahners Marktfahrer bloss Wunschdenken. Bircher sagt: «Wir konnten höchstens unterwegs im Auto ein Sandwich verdrücken – oder wenn gerade keine Kunden da waren.» All das schluckte Bircher, ohne zu murren. Aber dann ging sein Chef zu weit.

HEIMLICH KAMERAS INSTALLIERT

Anfang 2023 installierte er in allen vier Verkaufsfahrzeugen neue Überwachungskameras. Seine Mitarbeitenden hatte er darüber nicht informiert. Auch um deren Einwilligung hatte er nicht gebeten. Das bezeugen neben Bircher fünf weitere Insider. Sie sind überzeugt, ihr Ex-Chef handle respektlos und illegal. Tatsächlich schreibt das Schweizer Datenschutzgesetz vor, dass Mitarbeitende über eine Videoüberwachung vorinformiert werden und dieser auch zustimmen müssen. Und: Systeme zur Überwachung des Angestelltenverhaltens sind verboten. Fischhändler Zahner sieht sich dennoch im Recht (siehe Box), obwohl seine Kameras ständig auf die Mitarbeitenden gerichtet sind. Auch im Firmensitz in Gommiswald hängen zwei Kameras. Im Visier haben sie die rund 20 Produktionsmitarbeitenden. Ex-Verkäuferin Sarah Bertschi sagt: «Das sind fast alles Ausländerinnen, die kaum Deutsch verstehen und sich schlecht wehren können.» Wie Ex-Kollege Bircher findet auch sie: «Eine solche Totalüberwachung geht gar nicht!» Marktfahrer Bircher drohte wegen der Kameras mit der Kündigung. «Geh doch», habe Zahner dazu gesagt, «dann landest du mit deinen Kindern auf der Strasse!» Bircher kündigte trotzdem. Dann ging's erst richtig los.

CHEF VERKLAGT EX-VERKÄUFER

Als alleinerziehender Vater von zwei Kindern brauchte Bircher nämlich dringend eine neue Stelle. Und fand diese bei einem Zürcher Comestibles-Händler, der seine Produkte ebenfalls auf

Märkten feilbietet. Darauf reagierte Ex-Chef Zahner brachial. Über seinen Anwalt verlangte er eine superprovisorische Verfügung: Das Kreisgericht See-Gaster solle Bircher sofort verbieten, an seiner neuen Stelle weiterzuarbeiten. Dabei berief sich Zahner auf ein höchst fragwürdiges Konkurrenzverbot in Birschers aufgelöstem Arbeitsvertrag. Dieses verbietet Bircher bis zwei Jahre nach der Kündigung jede selbständige und unselbständige Handelstätigkeit nicht nur mit Fisch, sondern auch mit Fleisch, Geflügel, Wild «und anderen Lebensmitteln», und zwar in den Kantonen Zürich, St. Gallen, Schwyz, Glarus, Appenzell Ausser- und Innerrhoden sowie Graubünden. So zumindest will es der Vertragstext. Das Gericht aber erteilte dem Chef eine Abfuhr. Denn: Für einen einfachen Marktfahrer ohne Einsicht in Kundendaten ist ein solches Konkurrenzverbot nicht zulässig. Zahner sah sich aber offenbar noch immer im Recht. Denn nun machte er Bircher ein «Angebot».

Er solle entweder auf die gerichtlich verfügte Entschädigung verzichten und ein Konkurrenzverbot bis Mitte 2024 akzeptieren. Oder aber – «Variante 2» – sich für 15 000 Franken vom angeblichen Konkurrenzverbot freikaufen. Die Masche verfiel nicht. Die gescheiterte Klage kostete Zahner Tausende Franken. Aus dem Schneider ist er damit noch nicht. Denn SVP-Mann Zahner, der zuletzt mit dem Slogan «Weniger Staat, Bürokratie und Gesetze» kandidiert hatte, scheint nicht nur mit dem Arbeits- und Datenschutzgesetz seine Mühe zu haben.

KRUSTENTIERVERGIFTUNG

Alle ehemaligen Mitarbeitenden, mit denen work gesprochen hat, berichten von Hygienepraktiken, die sie nicht immer verantworten konnten. Etwa Ex-Verkäufer Fritz Merki*: «Immer wieder mussten wir tiefgekühlten Fisch umetikettieren und mit einem neuen Datum versehen.» Und Ex-Verkäufer Sepp Scheidegger* sagt: «Ältere Stücke wurden manchmal einfach zu Fischknusperli verarbeitet. So schmeckt man ja nichts mehr.» Nichts geschmeckt, aber viel gespürt hat Zahner-Marktfahrer Stefan Vogt*. Er kaufte seinem Chef Knobli-Crevetten ab und bekochte damit seine Frau. Dabei bemerkte er

Keiner Schuld bewusst: Das sagt der Chef

work hat Bernhard Zahner mit den Vorwürfen seiner Ex-Angestellten konfrontiert. Die Überstunden-Situation werde er mit der Personalabteilung analysieren, verspricht er. Die Kameras in den Verkaufswagen würden die Kassen überwachen, dies «ausschliesslich aus Sicherheitsgründen», die Audiofunktion sei deaktiviert. Ausserdem hätten die Angestellten mit ihren Arbeitsverträgen in die Videoüberwachung eingewilligt. Im Produktionsgebäude würden nur die Türen im Eingangsbereich, zum Büro und zu den Kühlräumen überwacht, da es in der Vergangenheit zu Diebstählen gekommen sei.

«NIE GEHÖRT». Die Aufnahmen würden jedoch «ungesehen automatisch» wieder gelöscht und nur im Verdachtsfall ausgewertet. Während des Marktbetriebs seien nur Rauchpausen nicht erlaubt. Einige Mitarbeitende verzichteten allerdings freiwillig auf Pausen, um früher Feierabend machen zu können. Von einer Krustentiervergiftung eines Angestellten habe er «noch nie etwas gehört». Dass Produkte manchmal umetikettiert und mit einem neuen Datum versehen werden, bestreitet Zahner dagegen nicht: «Vor allem bei Eigenprodukten kann es vorkommen, dass wir nach sorgfältiger mikrobiologischer Prüfung durch ein externes Labor das Verbrauchsdatum verlängern.» Durch die Tests sei eine einwandfreie Warenqualität jederzeit sichergestellt. Für die Fischknusperli würde «ausschliesslich einwandfreie Ware» verwendet.

nicht, dass die Ware abgelaufen war. Das Resultat: «Wir lagen tagelang flach und hatten üble Bauchschmerzen.» Sein Arzt diagnostizierte eine Krustentiervergiftung und schrieb ihn vier Tage krank. Das Arztzeugnis liegt work vor. Zahner verlangte darauf eine Zweitmeinung eines Vertrauensarztes. Das zeigt ein entsprechender Chat-Verlauf. Vogt ist mittlerweile wieder gesund, aber aus dem Betrieb ausgeschieden. Und auf Frisch-Fisch.ch, der Firmenwebsite, sucht Zahner dringend Ersatz.

*Namen der Redaktion bekannt

Wirtschaftskommission pfeift auf die Warnung der Kantone

Rechte wollen mit Start-up-Trick das Arbeitsgesetz aushebeln

Der neuste Angriff auf das Arbeitsgesetz geht selbst stockkonservativen Kantonen zu weit. Doch die rechte Mehrheit der nationalrätlichen Wirtschaftskommission hält an ihrem faulen Start-up-Trick fest.

CLEMENS STUDER

Arbeiterschutz ärgert die Arbeitgeber seit den ersten Versuchen, diesen gesetzlich festzulegen. Jeder Schutz der Lohnabhängigen vor Überausbeutung schmälert ihren Profit. In früheren Jahrzehnten verteidigten sie Kinderarbeit (unter 14 Jahren), wehrten sich unter anderem gegen die Einführung des 11-Stunden-Tages (6x die Woche) und gegen die Haftung für arbeitsbedingte körperliche Schädigungen. Seither versuchen sie, ihre Deregulierung als Anpassung an die gesellschaftliche Realität zu verkaufen.

SCHÖNGEFÖHNT

Arbeitgeberverbände, ihre Think-Thanks und ihre Politikerinnen und Politiker ziehen das Arbeitsgesetz als «Fabrikgesetz» ins Lächerliche. Weit weg sei man heute von den Zeiten der Industrialisierung, die moderne Gesellschaft brauche ein modernes Arbeitsgesetz. Was sie dabei «vergessen» zu sagen: ihre «Modernität» ist der alte Manchester-Kapitalismus, also der Inbegriff von Ausbeutung und Profitgier – schöngeföhnt als «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» und «Anpassung an die digitale Welt». Denn so wie die einzige SVP-Antwort auf alle Fragen «die Ausländer sind schuldig» lautet, haben auch marktradikale Ideologien auf alle Herausforderungen immer die gleiche Antwort: Arbeitsbedingungen verschlechtern, Arbeitszeiten verlängern.

Sie wollen, dass die Lohnabhängigen länger arbeiten pro Woche (bis 70 Stunden) und länger pro Jahr (weniger Ferien). Selbstverständlich alles total «flexibel», einzig nach den Bedürfnissen der Chefs – also mit Nacht- und Sonntagsarbeit, ohne Überzeitzbegrenzung und ohne Erfassung der Arbeitszeit. Und am liebsten – wenn sie schon dabei sind – zu weniger Lohn.

UNVERBESSERLICH

Wer solche Pläne hegt, den stört ein halbwegs wirksames Arbeitsgesetz natürlich. Selbst ein



SCHUTZLOS: Rechte Politiker wollen unter fadenscheinigen Begründungen das Arbeitsgesetz bodigen. Das würde auch die Rechte der Coiffeusen beschneiden. FOTO: KEYSTONE

tendenziell schwaches wie das schweizerische. Die Arbeitszeiten und die Intensität der Arbeit in der Schweiz sind im internationalen Vergleich schon heute sehr hoch. Nötig wären deshalb eigentlich mehr Schutz, nicht weniger. Untersuchungen zeigen, dass in der Schweiz krankmachende Arbeitsbedingungen zunehmen – und zwar in fast allen Branchen.

Doch das kümmert die Ideologen der Arbeitgeberverbände nicht wirklich. Sie lassen im Bundesparlament unverdrossen Angriff um Angriff auf den Arbeitnehmerschutz reiten. Mal wollen sie quasi die halbe arbeitsfähige Bevölkerung zu «Kader-Mitarbeitenden» machen, um die Arbeitszeiterfassung zu umgehen. Mal dient eine «Energimangellage» als Vorwand, um das Arbeitsgesetz auszuhebeln.

UNVERFROREN

Neustes Beispiel für die Unverfroren- und Verbissenheit, mit der bürgerliche Politikerinnen und Politiker im Auftrag der Arbeitgeber-Ideologen das Arbeitsgesetz aushebeln wollen: Die Wirtschaftskommission des Nationalrats will das Arbeitsgesetz für alle neugegründeten Firmen während 5 Jahren ausser Kraft setzen. Und das kam so: 1996 – im Jahr, nachdem die Wahlen eine SVP-FDP-Mehrheit im Nationalrat gebracht hatten – reichte der St. Galler FDP-Nationalrat Marcel Dobler einen Vorstoss zur «Start-up-Förderung» ein. Im langen parlamentarischen Prozess stellte sich – wenig überraschend – heraus, dass

der Begriff «Start-up» juristisch nicht zu definieren ist. Also, so dachte sich die rechte Mehrheit der Wirtschaftskommission – ebenfalls wenig überraschend –, machen wir das doch gleich für alle neugegründeten Firmen. Konkret: Gesetzliche Ruhezeiten, Arbeitszeiterfassung und Sonntagsarbeitsverbot sollen für neugegründete Unternehmen während 5 Jahren nicht mehr gelten.

GEWERKSCHAFT NIDWALDEN

Vor einigen Monaten schickte die Kommission ihre Revision in die Vernehmlassung bei Kantonen, Städten und Verbänden. Die Opposition ist breit. Selbst so rechtsrechte Kantonsregierungen wie jene der Kantone Thurgau und Schwyz wurden in der Vernehmlassung überaus deutlich: In der Praxis würden nicht die vorgeschobenen Tech-Milliardäre in spe ungeschützt vom Arbeitsgesetz arbeiten, sondern Coiffeusen, Reinigungsleute, Servicepersonal, Verkäuferinnen und Verkäufer. Und die Nidwaldner Kantonsregierung hält fest: «Die Revision hebt unseres Erachtens den Arbeitnehmerschutz komplett aus und birgt eine grosse Missbrauchsfahr.» Deutlicher haben es auch die Gewerkschaften nicht auf den Punkt gebracht.

Doch trotz der breiten Opposition bringt die rechte Mehrheit der Kommission den Vorstoß unverändert in das Plenum. Wenn nicht noch wenigstens bei Teilen der Mitte Vernunft einkehrt, ist ein breit abgestütztes Referendum sicher.

Von wegen «Bedürfnissen» und «Gleichstellung» Immer wieder am Volk vorbei

Ob Aushebelung des Arbeitsgesetzes oder längere Öffnungszeiten für Läden: Arbeitgeber argumentieren gerne mit den «Bedürfnissen» der Lohnabhängigen und Konsumierenden. Blöd nur: Meistens fallen ihre Lösungen beim Volk durch.

CLEMENS STUDER

«Liberalisierung» der Ladenöffnungszeiten. In den vergangenen 17 Jahren fielen über 70 Prozent der Vorlagen in den Kantonen und Gemeinden durch.

«Abstimmung mit dem Wägeli». In jenen Orten, wo längere Ladenöffnungszeiten oder zusätzliche Sonntagsverkäufe eingeführt wurden, stimmten die Konsumentinnen und Konsumenten mit dem Wägeli ab. Sie blieben zu Hause, schliesslich kann man einen Franken nur



IM FOKUS: Immer wieder sollen die Arbeitszeiten ausgedehnt werden, doch das Volk stellt sich meistens dagegen. FOTO: ADBE

einmal ausgeben. Operative Gewerbetreibenden und Gewerbetreibende zogen daraus ihre Konsequenzen und liessen ihre Läden geschlossen. Marktradikale Ideologie muss man sich leisten können.

«Die Ohrfeige von 1996». Schon vor rund 30 Jahren fühlten sich die Arbeitgeberverbände, SVP, FDP und Teile der CVP un-

schlagbar und zimmerten nach 7 Jahren im parlamentarischen Prozess eine Arbeitsgesetzrevision nach ihrem Gusto. Ihre Highlights: keine Entschädigung der Nachtarbeit durch Ruhezeit, «Tagearbeit» bis 23 Uhr (also zuschlaglos), mehr bezahlungsfreie Überstunden, sechs Tage bewilligungsfreie Sonntagsarbeit.

Die linken Parteien und die Gewerkschaften bekämpften das Gesetz. Die nationale CVP fasste ebenfalls die Nein-Parole. Der Widerstand der Kirche zeitigte Wirkung. Allerdings nicht überall, 12 Kantonsparteien sagten Ja. Nein sagte dagegen das Volk – und das mit 67 Prozent überaus deutlich.

Arbeiten auch an Heiligabend: Das sagen die Verkäuferinnen

«Das ist einfach total bireweich!»



Weil Heiligabend auf einen Sonntag fällt, haben dieses Jahr viele Verkäuferinnen und Verkäufer frei. Doch im Glattzentrum nicht: am 24. Dezember ist dort Sonntagsverkauf. work hat sich im Shoppingcenter umgehört.

CHRISTIAN EGG

An Weihnachten drei Tage hintereinander frei: Davon kann meist nur träumen, wer im Detailhandel arbeitet. Doch dieses Jahr klappt es für die meisten. Denn der 24. Dezember ist ein Sonntag, danach folgen die beiden Weihnachtstage. Drei Tage Zeit, um nach der anstrengenden Vorweihnachtszeit etwas herunterzufahren. Immerhin.

Aber ausgerechnet das umsatzstärkste Shoppingcenter der Schweiz, das Glatt in Wallisellen bei Zürich, hat am Sonntag, 24. Dezember, offen. Und das, obwohl die Mitarbeitenden schon im Dezember und Ende November ganze drei Mal an einem Sonntag arbeiten mussten, statt sich zu erholen. Gefragt wurden sie nicht.

KEINE FREUDE

work hat das nachgeholt, zumindest bei einigen. Der Shoppingtempel ist mit Plastik-Weihnachtsbaum, Tausenden Lämpchen und einem riesigen Origami-Mobile dekoriert. Im Swatch-Laden im Erdgeschoss herrscht keine Freude ob dem Heiligabend-Verkauf. «Das müsste wirklich nicht sein», sagt eine Verkäuferin. «Der 24. Dezember ist für die Familie!» Zwar hat sie dann frei – dank Teammitgliedern, die bereit waren, diesen Dienst zu übernehmen. Aber diese Sonntagsverkäufe, die seien

Weihnachtsverkauf: Keine stille Nacht

Sonntagsverkauf an Heiligabend – neben dem Glattzentrum hat auch das Fashion Outlet in Landquart GR dafür eine Bewilligung erhalten. Arbeiten muss auch das Personal in Läden, die jeden Sonntag offen haben. Und das sind viele: etwa in Bahnhöfen, an Tankstellen oder in Tourismusorten.

VORARBEITEN. Andersorts müssen sich die Mitarbeitenden die «lange» Pause von drei Tagen vorher mit Mehrarbeit verdienen: Am Samstag, 23. Dezember, lässt etwa Coop mehrere seiner Einkaufszentren bis 21 Uhr offen, den Letzipark in Zürich gar bis 22 Uhr. Auch Orell Füssli in Zürich und Globus in St. Gallen verlängern dann die Öffnungszeiten um zwei Stunden bis 20 Uhr. In Zürich haben die Globus-Mitarbeitenden sogar an den zwei Tagen vor Heiligabend erst um 21 Uhr Feierabend.

GESCHLOSSEN. Konsequenz ist dagegen Lidl: Am 24. Dezember gibt's keinen Sonntagsverkauf. Auch die Filiale im Bahnhof Bern, sonst am Sonntag offen, bleibt an Heiligabend zu. Für eine stille Nacht. (che)

völlig unnötig. Ihre jüngere Kollegin nickt und sagt, der Kanton Zürich sei jetzt sogar für zwölf Sonntagsverkäufe pro Jahr: «Das darf nicht durchkommen!»

Im grellgelben Lolipop-Laden ist gerade die Chef*in vor Ort. Die Frau in den Dreissigern, Tattoos am Arm und herzliches Lachen, sagt: «Alle im Verkauf haben sich extrem gefreut auf drei freie Tage am Stück.» Dass das Glattzentrum nun öffnet, dafür hat sie wenig Verständnis.

GLÜCKLICH, WER NICHT MUSS

Die junge Verkäuferin im Modeladen Blue Tomato strahlt dagegen: Sie hat freibekommen am 24. Im Verkauf sei das halt so, dass es im Dezember sehr viel zu tun gebe, sagt sie. «Dafür können wir im Januar und Februar dann chillen.»

Andere sagen, es mache ihnen nichts aus, an Heiligabend zu arbeiten. Die junge Verkäuferin im H & M meint, sie sei eh nicht der Weihnachtstyp. Auch die Frau Ende 30 bei der Schoggi-kette Läderach hat nichts dagegen, am 24. Dezember zu arbeiten. Lieber dafür mal einen Samstag frei, findet sie. Die ultrafromme Besitzerfamilie Läderach (u. a. beteiligt an einer Privatschule, die bis in jüngere Zeit Prügelstrafen durchführte) scheint kein Problem damit zu haben, ihre Mitarbeitenden an Christi Geburt zur Arbeit zu schicken.

Auch die Aldi-Verkäuferin und zwei Migros-Mitarbeitende zucken

«Ihr habt das ganze Jahr Zeit zum Shoppen. Könnt ihr nicht gopfertelli am 24. Dezember bei der Familie sein?»

KIOSK-VERKÄUFERIN

nur die Schultern. Für den jungen Mann mit modischem Bart, der gerade die Rollschinkli stapelt, spielt das keine Rolle. Eine jüngere Kollegin lächelt dagegen scheu und möchte sich zu dem Thema lieber nicht äussern. Und die junge Frau am Blumenstand zwei Stockwerke höher sagt leise, dazu habe sie «keine grosse Meinung». Hat sie Angst vor dem Journalisten? Oder davor, dass ihr Chef erfährt, was sie denkt?

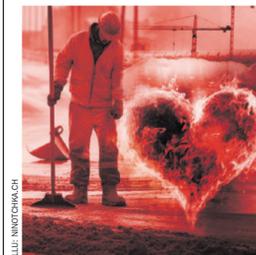
KLARTEXT AM KIOSK

Gerne Auskunft gibt dagegen die ältere Verkäuferin, die im Lego-Shop die Kundschaft empfängt. «Es ist jetzt, wie es ist», sagt sie ohne Begeisterung. Selber gehe sie extra nie am Sonntag einkaufen. Wenn sie all die Leute sehe, die jeweils am Sonntag durchs Glatt pilgern, «dann frage ich mich manchmal schon: Habt ihr eigentlich nichts Besseres zu tun?»

Gleich neben dem Ausgang ordnet die Kioskfrau die Zeitschriften. Angesprochen auf den Heiligabend, schweigt sie zuerst. Und sagt dann mit Nachdruck: «Ganz ehrlich? Das ist einfach total bireweich.» Sie arbeite seit über 20 Jahren im Verkauf. Damals hätten alle Läden am Samstag um 16 Uhr geschlossen, nicht wie heute im Kanton Zürich erst um 19 oder 20 Uhr. Und das habe auch funktioniert. An Heiligabend würde sie den Leuten am liebsten zurufen: «Ihr habt das ganze Jahr Zeit zum Shoppen. Könnt ihr nicht gopfertelli am 24. Dezember bei der Familie sein?»



FALSCHER FASSADE: Das Shoppingcenter Glatt will mit seinem Plastik-Weihnachtsbaum die besinnliche Zeit propagieren, gönnt den Verkäuferinnen und Verkäufern aber auch am 24. Dezember keinen freien Sonntag. FOTO: CHRISTIAN EGG



Heizen, bis der Frühling kommt!

Gut ein Jahr ist's nun her, da haben wir die Deckenschalung enteist, die Wandschalungen beheizt und gehofft, dass



Marius Käch ist Bauarbeiter in Zürich und Gewerkschafter.

man bloss nicht aufs Toitoi muss. Ja, der Winter auf dem Bau ist alles andere als angenehm. Zu den frühen Arbeitsstunden ist es noch dunkel, bei Frost dauern die einfachsten Arbeiten gefühlt dreimal so lange, und mit Eis überall wird's schliesslich richtig gefährlich.

Doch mit dem Advent hat das Ganze auch eine äusserst schöne Seite. Alle Kumpels zählen gemeinsam die Tage, Stunden und Minuten bis Weihnachten. Denn dann können endlich die im Sommer angehäuften Überstunden kompensiert werden – zu Hause mit der Familie.

EISKALTE WUNSCHLISTE. Und auf jeden harten Winter folgt ein Frühling. Die Tage werden länger, die Temperaturen steigen, und mit frischer Kraft macht man sich wieder an die Arbeit.

Geht es aber nach den Baumeistern, soll kein Frühling kommen. In ihrer Vorstellung bleibt es für die Bau-

Geht es nach den Baumeistern, soll kein Frühling kommen.

leute das ganze Jahr über frostig. Trotz der guten Lage in der Bauwirtschaft, trotz dem katastrophalen Fachkräftemangel und trotz der Inflation stellen sich die Bosse quer zu branchenweiten Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen. Schauen wir ihre eiskalte Wunschliste für Weihnachten an: 12-Stunden-Arbeitstage und eine Zukunft ohne Arbeitszeitkalender. Dann ist finito mit der Familienzeit an Weihnachten und erst recht im Rest des Jahres.

GEMEINSAM KÄMPFEN. Dieser Winter, den die Baumeister wollen, der geht nicht vorüber. Da friert einem höchstens der Allerwerteste ab. Wenn wir wollen, dass der Frühling wieder auf den Bau kommt, müssen wir selber heizen, denn für uns tut's keiner. Wir müssen ein Feuer entfachen im Herzen von jedem Bauarbeiter und jeder Bauarbeiterin, damit alle mitkämpfen gegen den ewigen Winter. Erst dann werden wir bessere Bedingungen haben beim Schaffen.

Zum Heizen muss man aber dort sein, wo es Feuer braucht. Und ich sitze hier im sonnigen Hanoi in der Universität. Wenn also der Frost der Bauleute enden soll, muss diese Zeilen künftig jemand anderes schreiben. Jemand, der oder die selber im Winter festsetzt. Jemand mit Feuer im Herzen und mit zünftiger Heiße laune.

Für euch alle wünsche ich eine frohe Weihnacht mit der Familie. Auf einen baldigen Frühling!

Vergewaltigungsfall Basel Elf Minuten Todesangst

2020 wurde eine Frau in Basel von zwei Männern vergewaltigt. Die «kurze» Dauer der Tat wirkt sich strafmildernd aus. Ein Skandal!

DARIJA KNEŽEVIĆ

Zwei Männer haben einer 33-jährigen Frau nach einem Clubbesuch abgepasst und sie auf grausame Weise in ihrem Hauseingang vergewaltigt. Der Fall, der vor dem Basler Strafgericht verhandelt wurde, löste in der ganzen Schweiz Empörung aus. Besonders die Kommentare der verantwortlichen Gerichtspräsidentin Liselotte Henz. Die Richterin hat bei der mündlichen Urteilsverkündung von Signalen gesprochen, die das Opfer beim Clubbesuch ausgesandt habe. Die Frau habe «mit dem Feuer gespielt», so Henz.



PROBLEMATISCH:
Richterin Liselotte Henz. FOTO: ZVG

Sarah von Hoyningen-Huene ist Staatsanwältin und Mitglied von «Juristinnen Schweiz». Sie findet die

«Ob das Opfer vor der Tat Sex hatte, ist Privatsache.»

SARAH VON HOYNINGEN-HUENE,
STAATSANWÄLTIN

Aussage der Richterin mehr als deplatziert: «Dass das überhaupt erwähnt wird, zeigt ein Menschenbild, das in den Mottenschrank gehört. Keine Richterin hat es zu interessieren, wie und wo das Opfer einvernehmlichen Sex hatte. Das ist Privatsache.»

Dass die Tat «nur» sechs bis elf Minuten gedauert hat, wirkte sich für Richterin Henz strafmildernd aus. Staatsanwältin von Hoyningen-Huene: «Dass die Dauer eines Delikts Einfluss auf die Strafe haben muss, ist korrekt. In diesem Fall eine Strafmilderung aufgrund kurzer Dauer anzunehmen, ist hingegen ein Skandal! Denn egal, wie viele Minuten eine Vergewaltigung dauert – für die Opfer herrscht jede Sekunde Todesangst.»

MITTÄTERSCHAFT. Die Tat wurde von einem damals 33-jährigen und einem 17-jährigen verübt. Das Urteil über den Erwachsenen: drei Jahre Freiheitsstrafe und sechs Jahre Landesverweis wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung. Der Verurteilte zog den Fall weiter vors Bundesgericht. Dieses stützte das Urteil in Bezug auf die Strafmilderung aufgrund der «kurzen» Dauer der Tat. Keinen Einfluss hat hingegen, dass das Opfer im Club bereits mit einem anderen Mann sexuell aktiv war, urteilt das Bundesgericht. Insgesamt stuft das Bundesgericht das Urteil als zu mild ein. Denn das Basler Gericht habe zu wenig berücksichtigt, dass der ältere Täter den jüngeren zur Tat angestachelt habe. Der Fall geht jetzt zurück ans Basler Appellationsgericht, wo auch das Urteil über den minderjährigen Täter hängig ist.

Mit Stickern gegen Übergriffe: Das Set jetzt gratis bestellen Damit können Sie den Sexisten auf der Arbeit eine kleben!

Töpler, Machos, Geiferer: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist weit verbreitet. Jetzt geht die Unia in die Kleber-Offensive.

JONAS KOMPOSCH

Sie sind pinkig grell und gäch provokant – die neuen Unia-Sticker gegen Belästigung am Arbeitsplatz. Das Ziel ist simpel: Wo immer es zu Sexismus kommt, sollen sich Betroffene und alle aufrechten Frauen und Männer wehren. Mit direkten Ansagen, mit Beschwerden bei der Firma, allenfalls per Rechtsweg, und neu eben auch mit einer Art Problemmarkierung durch Sticker. Beklebbares gibt es schliesslich genug: den Pornokalender in der Umkleide, den Spind

Wo immer es zu Sexismus kommt, sollen sich Betroffene wehren.

Daniela Karst, Unia-Kampagnenleiterin «Frau auf dem Bau», erklärt: «Dank diesen Klebern wird vermehrt über sexuelle Belästigung gesprochen werden – auf der Arbeit, im Pausenraum oder in der Beiz. Und die Vorgesetzten werden daran erinnert, dass sie verpflichtet sind, den Arbeitsplatz zur belästigungsfreien Zone zu machen.»

DER NEUSTE STREICH

Tatsächlich ist das Problem virulent. In einer Unia-Umfrage unter Frauen in Bauberufen Anfang 2023 gab über die Hälfte an, bereits sexuelle Belästigung erlebt zu haben. Ein Viertel berichtete, im Job sexualisierte Gewalt erlitten zu haben. Und 82 Prozent verlangten, dass die Unia etwas dagegen tue. Das Kleberset (gratis bestellbar: rebrand.ly/kleberset) ist allerdings nur der neuste Streich einer langjährigen Kampagne. Einen schon etwas älteren, aber äusserst hilfreichen Unia-Ratgeber für Belästigte gibt es unter rebrand.ly/sexismus-ratgeber. Und die von der Unia mitgegründete Plattform belaestigt.ch bietet Tipps und Online-Beratungen – auch für Arbeitgeber.

Ich bin nicht dein Schätzeli, ich bin nicht dein Müsli!

Belästigungsfreie Zone.

Mein Körper ist nicht dein Bier!

Belästigungsfreie Zone.

Lieber Schoggi-Hasen als Playboy-Häschen!

Belästigungsfreie Zone.

Augen auf, Chef: Stopp sexuelle Belästigung!

Belästigungsfreie Zone.

Finger weg! Fass mich nicht an!

Belästigungsfreie Zone.

Pfeif mir nicht nach, du Pfeife!

Belästigungsfreie Zone.

PROBLEMZONEN MARKIEREN: Die Unia hat Kleber gegen sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz lanciert. FOTOS: UNIA

INSERAT

Mein Beitrag als Unternehmer in der Metallbau-Branche: Ich ZAHLE KORREKTE LÖHNE

Für einen fairen Arbeitsmarkt



][A][M][K][B][

Mehr Informationen zu einem fairen Arbeitsmarkt finden Sie hier: www.amkb.org



Nobelpreisträgerin und Lohngleichheitsforscherin Claudia Goldin:

Arbeitswelt bestraft die Mütter



NOBEL AUSGEZEICHNET: Ökonomin Claudia Goldin an der Preisverleihung am 10. Dezember in Stockholm. FOTO: GETTY IMAGES

Claudia Goldin (77) hat als erste Frau alleine den Nobelpreis für Wirtschaft erhalten für ihr Lebenswerk über Lohnarbeit der Frauen und Lohnungleichheit. Die Freiburger Ökonomin Dr. Jana Freundt erklärt Goldins wichtigste Erkenntnisse.

JANA FREUNDT*

Lohnungleichheit ist ein emotional diskutiertes Thema. Zu Recht, betrifft es doch viele Frauen direkt in ihrem Alltag. Endlich ist dies auch in der Ökonomie angekommen: Mit dem Verleihen des Nobelpreises an Claudia Goldin wurde das Thema in den wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream gerückt (work berichtete: rebrand.ly/claudia-goldin).

Was schreibt Goldin über Lohnungleichheit, und wie sieht dies in der Schweiz aus? 2020 verdienten Frauen im Durchschnitt 18 Prozent weniger als Männer (betrachtet wird der auf



Ökonomin Jana Freundt.

Vollzeit standardisierte Bruttolohn). Das vermeldet das Bundesamt für Statistik. Dieser Unterschied ist im Schnitt grösser, je höher die berufliche Stellung. Zwischen den Branchen ist der Lohnunterschied verschieden gross, er existiert jedoch überall. Auffallend ist, dass der Lohnunterschied erst in der Altersgruppe ab dreissig substantiell grösser wird, aber dazu später mehr.

PERMANENTE VERFÜGBARKEIT

Bei der Messung von Lohnungleichheit in Unternehmen wird der Lohn üblicherweise in zwei Komponenten unterteilt. Der sogenannte «erklärte Anteil» ist der Teil an der Lohnungleichheit, der durch Unterschiede in Ausbildung, Erfahrung, Anforderungen des Stellenprofils, Branche usw. erklärt werden kann. So findet man etwa an mehreren Schweizer Universitäten keine einzige von einer Frau besetzte ordentliche Professur in der Volkswirtschaftslehre. Dieser erklärte Anteil wird in der Schweiz auf etwas mehr als die Hälfte des gesamten Lohnunterschieds geschätzt. Er hat sich in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern stark reduziert, weil die Frauen zum Beispiel bei Bildungsabschlüssen «aufgeholt» haben. Der restliche Lohnunterschied wird «nicht erklärter» Anteil genannt. Ein nicht unerheblicher Anteil der durchschnittlichen Lohnendifferenz zwischen Männern und Frauen kann nicht durch objektiv beobachtbare Fakten erklärt werden. Was ist nun dieser «nicht erklärte» Teil der Lohnungleichheit?

Er wird häufig als Diskriminierung interpretiert, kann aber theoretisch auch Faktoren beinhalten wie weniger kompetitives Verhalten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Für letzteres gibt es jedoch kaum empirische Belege – eine Studie von 2016, die dies zu zeigen schien, wurde inzwischen von anderen Forscherteams nicht bestätigt. Eine weitere Erklärung diskutiert Nobelpreisträgerin Claudia Goldin in ihrer Arbeit: Sie beobachtete, dass Löhne in vielen Branchen nicht proportional zu der Anzahl Wochenarbeitsstunden überproportional belohnt werden. Dies betrifft meist sehr gut bezahlte Jobs, in denen eine ständige Verfügbarkeit gefordert wird. In diesen Berufen sei die Lohnungleichheit besonders stark, sagt Goldin. Dieses Problem geht tiefer als die Betrachtung von Lohnunterschieden. Es berührt auch eine hierbei zunächst ausgeklammerte Frage: Warum kommen Frauen und Männer in die jeweiligen beruflichen Positionen? Was bedingt die unterschiedlichen Karrierewege? Diskriminierung oder unterschiedliche Werte und Präferenzen spielen hier eine Rolle. Aber möglicherweise nicht die wichtigste.

Schweizer Institutionen belohnen eine ungleiche Rollenverteilung.

Die Forderung nach ständiger zeitlicher Verfügbarkeit wird spätestens bei der Geburt des ersten Kindes zum Problem. Besonders für die Frauen. In der Tat ist zu diesem Zeitpunkt ein Auseinanderklaffen der Löhne von Müttern und Vätern zu beobachten. Goldins Beobachtung erklärt zwar die ungleiche Aufteilung von Kinderbetreuung und Arbeit zwischen Eltern, aber nicht, warum es meistens die Frau ist, die zurücksteckt. Hier braucht es weitere Erklärungsansätze. Konservative gesellschaftliche Normen spielen hier sicherlich eine Rolle. In der Tat zeigt eine Umfrage, die ich 2022 zusammen mit Ecoplan im Auftrag des Seco durchführte, dass konservative Einstellungen gegenüber Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Schweiz weit verbreitet sind.

KONSERVATIVES FAMILIENBILD

Was tun? Heutzutage streben immer mehr Frauen und Männer eine gleichberechtigte Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit an. Und das wird, sagt Goldins Forschung, auf dem Arbeitsmarkt «bestraft»: Wenn Paare Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichberechtigt aufteilen, kann niemand im Job voll verfügbar sein. In der Schweiz kommen sehr teure Kinderbetreuung und eine «Gleichberechtigungsstrafe» in der Einkommenssteuer und Sozialversicherung für Ehepartner hinzu. Die Schweizer Institutionen belohnen also eine ungleiche Rollenverteilung und zementieren damit jene oben erwähnten konservativen Normen. Letztlich ist es eine gesellschaftliche Frage: Sollen Paare sich entscheiden müssen, ob sie lieber gleichberechtigt leben oder ein höheres Haushaltseinkommen haben wollen?

Die Struktur des heutigen Arbeitsmarktes und die institutionellen Anreize spielen eine

wichtige Rolle für unsere Entscheidungen. Menschen entscheiden sich nicht in einem Vakuum, sondern innerhalb von Institutionen. Und sie reagieren auf finanzielle Anreize. Claudia Goldins Schlussfolgerung: Wir brauchen fundamentale Änderungen in der Art, wie wir arbeiten und wie wir Care-Arbeit wertschätzen. Sonst erreichen wir nie Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Wir sind in einer veralteten Arbeitswelt gefangen – die Strukturen am Arbeitsmarkt haben sich nicht verändert, seit Frauen an ihm teilnehmen. Eine Anpassung dieser Strukturen an die gesellschaftliche Realität ist überfällig.

workstandpunkt

Feministin Goldin

Erstmals erhält mit Harvard-Professorin Claudia Goldin eine Frau alleine den noblen Nobelpreis. Sie hat die Geschichte und die Entwicklung der Erwerbsarbeit der Frauen erforscht. Und schon wird in den Zürcher Mainstream-Medien an Goldins Thesen gezerrt und gerupft – bis sie ins offenbar angesagte antifeministische Schema passen. Und dies nicht etwa von ewigen Machos. Sondern weibliche Journalistinnen posaunen nun in die Welt hinaus. Professorin Goldin sage: Frauen seien beim Lohn gar nicht diskriminiert. No Gender-Pay-Gap, nix, nada, nientel! Denn das Problem liege «kaum je beim Chef», sondern «bei den Frauen selber». Selber schuld! Seien nämlich erst mal Kinder da, komme bei den Frauen der Wunsch auf, in einem kleineren Pensum zu arbeiten. Ganz und gar freiwillig, versteht sich.

EXPLOSIV. Aber: Was sagt Ökonomin Goldin wirklich zur Diskriminierung der Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt? work fragte Ökonomin Jana Freundt (siehe Artikel links), und sie weiss Hochexplosives zu berichten. Nämlich, dass der Arbeitsmarkt Paare bestraft, die gleichberechtigt leben und arbeiten wollen. Weil er immer noch auf den Mann ausgerichtet ist, den «immer verfügbaren».

ZÜNDSTOFF. Und da können Frauen besonders dann nicht mehr mithalten, wenn sie Mütter werden: Denn irgendwer muss ja die Reproduktionsarbeit erledigen. Und das ist in den meisten Fällen immer noch die Frau. Küche, Kinder, Kranke pflegen. Und sie soll's gratis machen. Das ist das Kalkül des kalten Kapitalismus: Reproduktionsarbeit wird nicht zur produktiven Arbeit gerechnet, sondern als Privatangelegenheit. Als Privatsache der Frauen. Claudia Goldins Fazit: Wir sind in einer veralteten Arbeitswelt gefangen. So wird das nie was mit der Gleichstellung. Was wir brauchen, ist eine fundamentale Änderung in der Art, wie wir arbeiten und wie wir Care-Arbeit wertschätzen. Wenn das kein feministischer Zündstoff ist! MARIE-JOSÉE KUHN

Zwei Jahre Genfer Mindestlohn Nur positive Folgen

Tausende profitieren in Genf vom gesetzlichen Mindestlohn. Jetzt bestätigt eine Studie: Negative Auswirkungen hatte er keine.

CHRISTIAN EGG

24 Franken pro Stunde. Für weniger muss in Genf niemand arbeiten: Der Kanton sagte vor drei Jahren Ja zu einem gesetzlichen Mindestlohn. Seither profitieren rund 20000 Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen von einem besseren Lohn.

Die rechten Gegner des Mindestlohns hatten vor der Abstimmung in grellen Tönen davor gewarnt, ein Ja in

die Urne zu legen. Der Chef der Industrie- und Handelskammer sprach von einem «Messersch

stich gegen unseren wirtschaftlichen Wohlstand», der Mitte-Politiker Vincent Maitre sagte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit voraus.

Wer die ökonomische Forschung kennt, weiss, dass das nicht stimmt. Weltweit zeigen Studien, dass Mindestlöhne zwar die Saläre ansteigen lassen,



MINDESTLOHN: Eine neue Studie straft die Gegner Lügen. FOTO: UNIA

nicht aber die Arbeitslosenzahlen. Drei US-Forscher, die dieser Erkenntnis zum Durchbruch verhelfen, erhielten dafür 2021 sogar den Nobelpreis (work berichtete: rebrand.ly/rueckenwind).

UNBEEINFLUSST. Das zeigt sich jetzt auch in Genf. Im Auftrag des Kantons haben Universität und Fachhochschule Genf die Arbeitsmarktdaten von 2018 bis 2023 analysiert und mit Zahlen aus anderen Kantonen verglichen. Fazit: Der Mindestlohn hatte insgesamt keinen signifikanten Einfluss auf die Arbeitslosenquote im Kanton.

Einzig in der Altersgruppe der unter 25jährigen sei die Quote leicht höher, als sie ohne Mindestlohn wäre, so die Studie: um 0,6 Prozentpunkte. Weil der Mindestlohn jene schützt, die bereits etwas Berufserfahrung haben – Firmen können sie nicht mehr durch junge Arbeitnehmende zu Tiefstlöhnen ersetzen. Zudem, so die Autoren, suchen heute mehr Junge eine Stelle, weil sich dies dank Mindestlohn eher lohnt.

INFORMIERT. Die Studienautoren haben auch unter 25jährige befragt – mit erfreulichem Ergebnis: Neun von zehn wissen, dass in Genf ein Mindestlohn gilt, und zwei von drei wissen, dass er 24 Franken beträgt. Das sei wichtig, so die Forscher. Denn junge Menschen seien am ehesten von Mindestlöhnen betroffen.

Der Genfer Arbeitgeberverband, auch er damals vehementer Gegner der Vorlage, nimmt die Zahlen «zur Kenntnis». Die «NZZ» zitiert den Verband, der Mindestlohn habe «allerdings» zu einer allgemeinen Lohnspirale nach oben geführt. Weil Ungelernte nun fast den gleichen Lohn erhalten wie Gelernte, verlangten diese jetzt mehr als den Mindestlohn. Ob das wirklich negativ ist, ist Ansichtssache.

EINGEREICHT. Die Schweizer Mindestlohn-Welle rollt derzeit weiter: Im Kanton Freiburg hat das Bündnis aus Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien die nächste Initiative eingereicht.

* Dr. Jana Freundt forscht am Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg im Bereich der Verhaltensökonomik und der politischen Ökonomie.

Komitee mit prominenten Frauen kontert Keller-Sutter

Ausbau statt Abbau, Ja zur 13. AHV!

FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter plant den nächsten Abbauschritt bei der AHV. Diesmal will sie die Witwenrente faktisch abschaffen. Unia-Präsidentin Vania Alleva, Schauspielerin Melanie Winiger, Fussballerin Sarah Akanji und viele weitere Frauen halten dagegen.

CLEMENS STUDER

Es ist ein Lehrstück aus dem Handbuch des Sozialabbaus. Im Oktober letzten Jahres verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz. Die Regelung der Witwen- und Witwenrente in der AHV verletzt die Menschenrechte, weil sie Witwen die Rente streicht, sobald ihre Kinder volljährig werden. Den Witwen aber nicht. Nun wäre es naheliegend, die Regeln für Witwen an jene der Witwen anzupassen. Aber nicht für jene, denen Sozialwerke grundsätzlich ein Graus sind.

ALTER PLAN. Bereits im März 2021 – also Jahre vor dem EGMR-Urteil – reichte die Zürcher GLP-Nationalrätin und neue Fraktionschefin im Bundeshaus, Cornelia Gredig, einen Vorstoss ein,

der eine Verschlechterung der Witwenrente mit dem Argument der Gleichstellung fordert. Immer vorne dabei, wenn's darum geht, die Sozialversicherungen zu schwächen, ist der marktradikale Think-Tank Avenir suisse.

Eine neue Sparrunde auf dem Buckel der Frauen.

Nur die Angleichung der Witwenrente an die Witwenrente sei ein gangbarer Weg, das Strassburger Urteil umzusetzen.

RECHTE MEHRHEIT. Das liess sich die SVP-FDP-Mehrheit im Bundesrat nicht zweimal sagen. FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter zimmerte flugs eine Vorlage, die genau das vorsieht. Also das Ende der Witwenrente, wie sie die Schweiz seit der Einführung der AHV kennt. Und sogar laufende Renten streichen will. Eine neue Sparrunde auf dem Buckel der Frauen. Wie bereits die von rechten Frauen unterstützte Erhöhung des Frauenrentenalters. Wegen tieferer Löhne und unbezahlter Arbeit sind die Renten der Frauen noch heute 17000

Franken tiefer als jene der Männer. Deshalb ist Altersarmut weiblich.

NEUER WIDERSTAND. Ein prominent besetztes Komitee mit Frauen aus Wirtschaft, Politik, Sport und Kultur sagt jetzt: So geht es nicht weiter! Dieses Frauenbündnis hat ein Manifest lanciert. Unia-Chefin Vania Alleva gehört mit den GL-Mitgliedern Bruna Campanello und Véronique Polito zu den Erstunterzeichnerinnen. Sie sagt: «Wir wehren uns gegen eine weitere Abbauvorlage. Stattdessen fordern wir eine Verbesserung durch die Einführung einer 13. AHV-Rente.»

Das Manifest stellt fest: «Nur mit einer starken AHV können wir sicherstellen, dass die Arbeit der Frauen im Alter nicht vergessen geht. Damit auch Frauen im Alter Anerkennung und finanzielle Sicherheit erhalten – genauso wie Männer. Deshalb setzen wir uns gemeinsam ein für eine 13. AHV-Rente. Sie ist dringend notwendig. Damit alle und somit auch unsere Grossmütter, unsere Tanten und unsere Töchter im Ruhestand leben und nicht nur überleben können.»

Das ganze Manifest hier nachlesen und unterstützen: frauenrenten.ch/manifest



Unia-Präsidentin Vania Alleva



Schauspielerin Melanie Winiger



Fussballerin Sarah Akanji



Grüne-Nationalrätin Irène Kälin



SP-Nationalrätin Anna Rosenwasser



Rapperin Big Zis



Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss



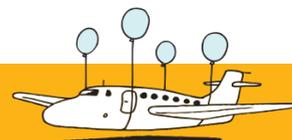
SP-Nationalrätin Tamara Funicello



Gewerkschafterin Sandrine Nikolic-Fuss

GEMEINSAM: Diese Frauen setzen sich zur Wehr. FOTOS: YOSHIKO KUSANO, KEYSTONE (6), INSTAGRAM, LINKEDIN

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



CO₂-Ablasshandel: Können wir dank Sägespänen bald schon klimaneutral von New York nach Genf und zurück fliegen?

Dank dem Multi «Vail Resorts» werden schon bald noch mehr reiche US-Touristinnen und -Touristen in die Schweiz zum Skifahren jetten. Und das Klima stärker anheizen. Jetzt schlägt ein Start-up eine innovative CO₂-Kompensation vor. Und Multimilliardär Bill Gates wittert ein neues Geschäft mit CO₂-Bricketts.



GESCHÄFTSMODELL: Holzspäne sollen vergraben werden und so den Reichen die Möglichkeit geben, sich ein reines CO₂-Gewissen billig zu erkaufen. FOTO: ISTOCK

Selbst in den Alpenstädten Chur oder Sitten können die meisten Kinder nicht mehr skifahren: Skifahren wird zunehmend zu einem Sport für die Reichen und Superreichen. Inzwischen kaufen sich mehr als 2 Millionen reiche US-Amerikanerinnen und -Amerikaner den sogenannten Vail-Ski-Pass zum Preis von 860 Franken pro Jahr. Sie können damit weltweit alle Anlagen des US-Resorts-Unternehmens Vail Resorts nutzen. Neu auch jene von Andermatt im Kanton Uri und Crans-Montana im Wallis.

Das System: Vail Resorts ist eine US-amerikanische Cash-Maschine. Dem Unternehmen gehören weltweit bereits 43 Skigebiete. Der Multi versucht, wenn immer möglich, die ganze Infrastruktur eines Skiores zu kontrollieren: die Skianlagen, die Hotels, die Ferienwohnungen, die Restaurants und die Skivermietungen. Um so die Nachfrage zu steuern.

Wie die Yankees das in Andermatt und Crans-Montana genau machen werden, ist noch etwas offen. Aber damit das Ganze in Europa und

seinen Alpen zum Laufen kommt, werden sie weitere alpine Skigebiete kaufen.

CO₂ VERGRABEN. Sicher ist, dass viele US-amerikanische Vail-Pass-Besitzende einen Abstecher in die Schweiz machen werden. Denn der Flug von New York nach Zürich oder Genf dauert nur drei Stunden länger als der Flug von New York nach Whistler Blackcomb in Kanada. Dort befindet sich eines der Skigebiete von Vail Resorts.

Wer von New York nach Zürich und zurück fliegt, pustet selbst in der Economy-Klasse rund 1,6 Tonnen CO₂ in die Luft. Das ist alles, aber nicht umweltfreundlich. Die tiefen Flugpreise sind nur machbar, weil Kerosin faktisch nicht besteuert wird. Und weil fast niemand freiwillig seinen CO₂-Ausstoss kompensiert. Wie nur sollen

wir diese schädliche Kohlendioxide wieder aus der Luft wegbekommen?

Der Bundesrat will CO₂ in der Nordsee versenken, die Technologie heisst «Carbon storage» (siehe Link rechts). Und US-Multimilliardär Bill Gates will es in den Pampas dieser Welt vergraben. Die Legende: Gates unterstützt das innovative US-Start-up «Graphyte». Die Wahrheit: Bill Gates wittert ein Geschäft. Das CO₂-Brickett-Geschäft.

Das Geschäftsmodell: «Graphyte» sammelt Abfälle aus der Land- und Forstwirtschaft ein: Sägespäne, Rinden und Pflanzenreste. Diese werden weder verbrannt, noch lässt man sie verrotten. Das eingesammelte Material wird getrocknet und in Bricketts gepresst. Die Bricketts werden mit Folien geschützt vergraben. Sie sollen während Jahrhunderten kontrolliert

und unbeschadet ruhen, so wie die Mumien aus dem alten Ägypten.

Die so vergrabene Tonne CO₂ soll für alle, die kompensieren wollen, nur 85 Franken kosten. Und somit sechs Mal weniger, als wenn wir mit den Maschinen des schweizerischen Unternehmens «Climeworks AG» eine Tonne CO₂ aus der Luft absaugen.

GRUSIGER ABLASSHANDEL. Jetzt machen die «American Airlines» Bill Gates zuliebe einen Test mit 10000 Tonnen «Graphyte»-Bricketts. Das kostet sie ja nicht mehr als 8,5 Millionen Franken. Eine mehr als günstige Image-Kampagne, wo die American-Airline-Jets doch jedes Jahr 49 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft blasen. Und so das Klima anheizen. Nehmen wir jetzt mal an, dass Donald Trump 2024 noch einmal zum Präsidenten der USA gewählt wird. Gehen wir zudem davon aus, dass «Graphyte» dank und mit Bill Gates effektiv eine Tonne CO₂ für 85 Franken verbuddeln können wird, irgendwo in den wenig dicht besiedelten USA, wenige Meter unter der Erdoberfläche. Wer würde Trump daran hindern können, diese Scheinlösung als seine Lösung zu propagieren? Eine grusige Vorstellung.

Denn für die reichen US-Vail-Pass-Besitzenden, die in der Economy-Klasse von New-York nach Genf und zurück fliegen werden, um in Crans-Montana Ski zu fahren, würde der Aufpreis für ein gutes Gewissen nur gerade 136 Franken kosten. Ein mehr als grusiger Ablasshandel, den sie nach sieben Tagen von der Hotelrechnung abziehen könnten.

LINKS ZUM THEMA:

- graphyte.com/faqs
Die Website von «Graphyte» übersetzt das Konzept vom Englischen ins Deutsche. Und das nicht einmal so schlecht. «Carbon Casting ist die weltweit erste CO₂-Abzugslösung, die erschwinglich, dauerhaft und sofort skalierbar ist. Es ist auch die einzige permanente negative Emissionstechnologie, die in strombelasteten Märkten eingesetzt werden kann, einschliesslich des Global South. Mit finanzieller Unterstützung von Breakthrough Energy Ventures wird der Carbon-Casting-Prozess von Graphyte eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen.»

- rebrand.ly/newyork-genf/
Der Wahnsinn: Für weniger als 500 Franken fliegt man im Dezember 2023 von New York nach Genf und zurück.

- rebrand.ly/co2-verpressen-
Ein spannender Beitrag der SRF-Sendung «Echo der Zeit». Der Bundesrat will mit einer 16 Milliarden teuren Pipeline CO₂ zum Verpressen nach Norwegen pumpen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Jurist Tarek Naguib will den Einbürgerungsprozess vereinfachen

«Die Schweiz gehört uns allen!»

Er will das Bürgerrecht in der Schweiz radikal umkrempeln. Jurist Tarek Naguib (47) kämpft mit der Aktion Vierviertel gegen die Diskriminierung im politischen System.

DARIJA KNEŽEVIĆ

work: Herr Naguib, in der Schweiz kann ein Viertel der Bevölkerung politisch nicht mitbestimmen, wird also diskriminiert. Was bedeutet das genau?

Tarek Naguib: Diskriminierung ist eine besonders ungerechte Form von Benachteiligung und trifft Menschen aus Einwandererfamilien hart. Sie erfahren Rassismus und Diskriminierung aufgrund ihrer Religion, ihres Geschlechts oder aufgrund von Armut, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder einer Behinderung.

Wo findet sie statt?

Wen wundert es: überall! «Ausländer», mit oder ohne Schweizer Pass, werden als «fremd» wahrgenommen. Sie sollen hierherkommen, um vor allem fleissig zu sein. Ansonsten aber sollen sie

«Wenn ein Land schon längst von Migration geprägt ist, aber das nicht akzeptiert, ist das komplett lebensfremd!»

sich möglichst angepasst verhalten. Unter dem Motto: «Komm in die Schweiz, aber nicht als Mensch, sondern als Arbeiter.» Das ist eine schreckliche Ausgangslage für viele Menschen hier in unserem Land und zeigt: die Schweiz hat ein tief verankertes Rassismusproblem.

Das klingt dramatisch.

Leider, ja. Viele Menschen in der Schweiz haben rassistische Vorstellungen gegenüber bestimmten Menschengruppen. Das hat etwas mit unserer Geschichte zu tun. Rassismus ist alltäglich. Etwa bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Und es fängt schon früh an: Kinder werden auf die Herkunft der Eltern reduziert, und durch das hiesige Schulsystem wird ihnen automatisch weniger zugehört.

Bei den vergangenen Wahlen hetzte die SVP gegen «Ausländerinnen». Warum ist das seit Jahren ein Erfolgsrezept?

Rechte Parteien spielen im Wahlkampf mit den Ängsten der Bevölkerung. Zwar sind wir in der Schweiz sehr verwöhnt, denn wir leben in Sicherheit, haben eine tiefe Arbeitslosigkeit und keine Kriege. Doch durch die sozialen Medien sind Klimakrise, Kriege und weitere globale Probleme spürbarer. Und hier kommt die SVP ins Spiel: Sie behauptet, dass «Ausländer» ein Problem für die Schweiz seien, dass sie uns was wegnehmen würden. So werden Wählerinnen und Wähler verunsichert und die Ablehnung gegenüber der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte geschürt.

Im Parlament sitzen immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, wie SP-Nationalrätin Farah Rummy mit Wurzeln aus Sri Lanka. Wie wichtig sind diese Volksvertreterinnen im Parlament?

Das macht etwas mit den Menschen und ist ein tolles Zeichen! Gerade dort, wo Menschen mit Migrationsgeschichte stark unterrepräsentiert sind. Das ist für die tamilische Community, aber auch darüber hinaus ein unglaublich emotionaler Moment. Es kann Menschen bestärken und motivieren, das Land noch stärker mitzubestimmen, als sie es sowieso schon tun.

Wie meinen Sie das?

Viele denken jetzt: «Wow, da kommen Menschen ins Parlament, die unsere Erfahrung teilen, «fremde» im eigenen Land zu sein.» Und jetzt sitzen sie an den Schalthebeln der Macht. Und das ist sehr wichtig! Es ist nicht nur wichtig, dass Anliegen solcher Gruppen im Parlament Platz finden, sondern es ist noch wichtiger, eine gerechte Repräsentation herzustellen.



ÜBERZEUGT: Tarek Naguib weiss, dass der Weg zum Schweizer Pass zu steinig ist. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Ein realistisches Abbild der Bevölkerung in der Politik. Und ein Signal für migrantische Gemeinschaften: «Die Schweiz gehört uns allen!»

Mit dem Verein Aktion Vierviertel haben Sie die Demokratieinitiative lanciert. Das Ziel: den Einbürgerungsprozess erheblich zu erleichtern. Warum ist das Bürgerrecht so wichtig?

Die Trennung zwischen Schweizern und Nichtschweizern in Hinblick auf das Bürgerrecht ist sehr ungerecht. Das führt zu ganz vielen Diskriminierungen und zu einem Demokratiedefizit. Mittlerweile kommen mehr als 50 Prozent der unter 15jährigen aus einem Haushalt mit Migrationsgeschichte. Und seien wir ehrlich: Wenn ein Land schon längst von Migration geprägt ist, aber das nicht akzeptiert, ist das komplett lebensfremd! Deshalb muss das Bürgerrecht radikal umgekrempelt werden. Wir brauchen eine Demokratie für alle Menschen, die hier zu Hause sind.

Ist der Weg zum Schweizer Pass wirklich so steinig?

Im Einbürgerungsprozess herrscht zurzeit viel Willkür. Hat man die «falsche» Herkunft oder bezieht man Sozialgelder, wird man sofort ausgeschlossen. Dabei gestalten alle dieses Land

DEMOKRATIE-INITIATIVE

Der Verein Aktion Vierviertel setzt sich für einen einfacheren Einbürgerungsprozess ein. Er hat im Frühsommer die Demokratieinitiative lanciert. **Jetzt den Unterschriftenbogen in dieser work-Ausgabe unterschreiben und einschicken!**



EINE BANK OHNE BÜEZERINNEN UND BÜEZER

«Eine Bank wie die Schweiz». Nach der Einverleibung der Credit Suisse zu Beginn dieses Jahres hat die UBS eine Werbeoffensive gestartet. Diese soll ver-

Das ist journalistisch fragwürdig und inhaltlich bedauerlich.

mitteln, dass die neue Megabank denke und handle wie die Schweiz. Schön und gut. So geht Werbung. So geht PR. Im Unterschied zu anderen Unternehmen hat die Megabank aber auch eine Kampfkasse, die es ermöglicht, Kritik an dieser Botschaft verstummen zu lassen.

Was ist passiert? Ende Oktober publizierten die CH-Media-Zeitungen, wozu etwa die «Aargauer» und die «Luzerner Zeitung» gehören, einen Artikel über die UBS-Kampagne mit dem Titel «Bonzen, Bööthli und Berge». Der Beitrag war für kurze Zeit auch auf den Onlineportalen des Grossverlags zu lesen, dann wurde er gelöscht. Das machte das Wirtschaftsportal tippingpoint.ch publik. Die UBS-Marketingabteilung habe beim Verlag interveniert, schreibt das Portal. Die Bank gehört zu den grossen Werbekunden von CH Media.

UNLOGISCH. Die UBS dementierte zwar gegenüber tippingpoint.ch, dass sie Druck auf CH Media ausgeübt habe. Auch der Verlag will davon nichts wissen. Das sei einzig eine Entscheidung des Chefredaktors gewesen.

Nur: Warum sollte ein Chefredaktor einen Artikel löschen? Das passiert höchstens dann, wenn er inhaltlich falsch ist oder ein Gericht dies anordnet. Bei dieser Glosse aber trifft wohl weder das eine noch das andere zu. Wahrscheinlicher ist, dass man sich bei CH Media gesagt hat, dass es sich hier «nur» um eine Glosse und inhaltlich «nur» um eine Werbekampagne gehandelt habe, die man opfern könne, um einen grossen Werbekunden nicht zu verärgern.

Das ist journalistisch fragwürdig und inhaltlich bedauerlich. Denn die Botschaft der Glosse ist schlichtweg zu gut, als dass sie einfach so verschwinden darf: Der Werbespot der UBS-Kampagne bedient Klischees wie Berge und Alphörner, und im Clip sind mehrheitlich gutbetuchte Menschen zu sehen. Ein Ehepaar in einem teuren Restaurant, Business-Männer im Boot oder ein Mann in seinem Luxus-Appartement. Der CH-Media-Redaktor kommt zu einem Schluss, der es verdient, weiter verbreitet zu werden. work, ohne Furcht vor der Megabank, zitiert deshalb, mit Genuss, aus dem verschwundenen Beitrag über die UBS-Imagepolitik-Kampagne:

«Eine Bank wie die Schweiz», sagt die Stimme (aus dem Off). Es ist eine Schweiz ohne Migros-Kassiererin, Hauswart oder Krankenpflegende. Also ohne all die Steuerzahlenden, welche die UBS schon einmal retteten und ihr auch das CS-Schnäppchen des Jahrhunderts ermöglichten.»



Ein Lohn zum Leben in Zürich und Winterthur

Am 18. Juni sagten die Stimmberechtigten von Zürich und Winterthur Ja zu einem Mindestlohn. Für 20 000 Menschen in diesen Städten bedeutet das etwas kleinere Sorgen. Eine von ihnen ist **Elena Guarin**. Sie hat vier Jobs, schläft vier Stunden und isst nur zweimal pro Tag. Trotzdem reicht das Geld manchmal nicht. Mit dem neuen Mindestlohn könnte sie endlich nach Spanien fahren und ihre beiden Söhne besuchen. Könnte. Denn eine Hungerlohnkoalition, bestehend aus rechten Politikerinnen und Politikern und Arbeitgeber, hat gegen die klaren Volksentscheide Rekurse eingereicht und verzögert damit die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen wie Elena Guarin. (asz)



Karin Keller-Sutter: Die Umverteilerin

FDP-Politikerin Karin Keller-Sutter war sozial-, wirtschafts- und finanzpolitisch eine parlamentarische Problembärin. Seit vier Jahren problematisch sie im Bundesrat. Und wie: Mal kurz 259 Milliarden Franken Volksvermögen aufs Spiel setzen für die Rettung einer Grossbank? Kein Problem! Neues Steuerschlupfloch für Grossverdienende in der dritten Säule graben? Klar doch! Schenken wir ihnen die 500 Millionen. Wenn der Europäische Gerichtshof die Schweiz dazu verurteilt, Witwen und Witwer gleichzubehandeln? Ha, dann behandeln wir halt die Witwen künftig so lausig wie bisher die Witwer und nehmen ihnen 880 Millionen Franken weg. Und schon sind wieder ein paar Hundert Millionen von unten nach oben umverteilt. (cs)



Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit

Die Pharmaassistentin **Pamela Silva Barrientos** arbeitet seit ihrem Lehrabschluss in einer Apotheke in Lausanne. work erzählt sie von den Problemen in ihrem Beruf als Pharmaassistentin: Es fehlt an Respekt, Wertschätzung und einem angemessenen Lohn. Denn: «Wir verkaufen Medis, keine Tafel!» Barrientos ist aktives Unia-Mitglied und motivierte ihre Berufskolleginnen, am Frauenstreik teilzunehmen. Sie fordern gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen für ihre Branche. Die gleichen Forderungen hatten auch Reinigerinnen in Luzern, Verkäuferinnen in Basel und Pflegerinnen in Bern. Am Frauenstreik am 14. Juni 2023 gingen schweizweit über 300 000 Menschen auf die Strassen. (dak)



Sonja Lüthi: Die Spitex-Schikaneuse

Superlative soll man mit Bedacht einsetzen. Dieser war gerechtfertigt: «Die schlimmste Spitex der Schweiz», titelte work im Juni. Im Betrieb der Stadt St. Gallen jagt während zweieinhalb Jahren ein Debakel das andere: ein Beinahe-Konkurs, eine Chefin «wie eine Bulldogge», schikanierte Pflegenden, falsche Abrechnungen. Schon 2021 kündigen ganze 87 Mitarbeitende. Die verantwortliche Stadträtin **Sonja Lüthi** (GLP) schaut zu, redet schön, sieht die Schuld bei anderen. Einer Gruppe Pflegenden, die um ein Gespräch bitten, antwortet Lüthi: «Die Stadt wird sich nicht einmischen.» Im Mai 2023 tritt der Verwaltungsrat zurück. Lüthi wechselt die ganze Führung aus und räumt heute ein: «Im Rückblick wäre ich wohl besser früher eingeschritten.» (che)



Für einen Zacken mehr Lohn bei Toblerone

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Toblerone-Fabrik des Mondelez-Konzerns in Bern forderten sechs Prozent mehr Lohn. Für alle! Allen voran Peko-Mitglied und Elektriker der Haustechnik **Urs Brunner**. Die Mitarbeitenden wurden aber vom Milliardenkonzern Mondelez mit 1,8 Prozent Lohnerhöhung abgespeist. Das ist viel zu wenig – und trotzdem ein kleiner Erfolg. Denn zu Beginn gab es von Mondelez überhaupt kein Angebot. Erst auf Initiative der Belegschaft und der Unia wurde ein erstes Angebot unterbreitet. Und generelle Lohnerhöhungen haben in der Toblerone-Fabrik extremen Seltenheitswert. Bis auf eine Ausnahme im Jahr 2022 sind für die letzten 15 Jahre gar keine bekannt. (asz)



René Schweizer: Der Appetit-Verderber

Würmer in der Nussgipfelmasse. Schimmel in der Backstube. Mäusekot im Lager: Die Berichte und Fotos aus der Zürcher Oberländer Bäckerei-Kette Voland haben so manchem Gourmet den Appetit verderben. Ans Licht gebracht haben die Zustände rund 20 (Ex-)Angestellte. Sie berichteten zudem von Überarbeitung, fehlender Lehrlingsbetreuung und der Verpflichtung, Wahlkampf zu machen – für Voland-Inhaber **René Schweizer** und seine SVP. Geholfen hat es nicht. Bei den Nationalratswahlen im Herbst blieb Schweizer chancenlos. Dafür amtiert er noch immer als Vizepräsident des Zürcher Bäckermeisterverbandes, als Berufsschullehrer und als Arbeitsrichter. (jok)



Rodolphe Saadé: Der Knausrige

Die Ceva-Büezerinnen in Neuendorf SO nagen am Hungertuch und chrapfen unter Hochdruck. 41 Zalando-Retouren bearbeiten sie pro Stunde. Dafür erhalten sie keine 3500 Franken im Monat. Einen Dreizehnten hatten sie bisher nicht, ebenso wenig eine Krankentaggeldversicherung. Ceva-Besitzer **Rodolphe Saadé** (53) scheint das nicht zu kümmern. Als Erbe der drittgrössten Containerschiff-Reederei CMA CGM und Herrscher über ein internationales Firmenimperium schwimmt er im Geld. Und zwar mehr denn je. Corona jagte die Frachtpreise in die Höhe und damit auch den Gewinn der Reedereien. Saadés Vermögen explodierte – von 6 Milliarden Euro (2021) auf aktuell über 40 Milliarden. (jok)



Vögele-Verkäuferinnen bekommen ihr Geld

2018 liess Modegigant OVS das Traditionshaus Vögele konkursgehen. 1180 Mitarbeitende verloren die Stelle. Und im Chaos der letzten Wochen ging vieles unter. Auch bei **Zorana Jovanovic** (links im Bild). Ihr Lohnanspruch war deutlich höher als die Zahlungen, die sie bereits bekommen hatte. Der Unia-Rechtsdienst half ihr, die Forderung einzugeben. Und dann hiess es warten. Fast fünf Jahre lang. Ende Januar dieses Jahres dann endlich die erlösende Nachricht: Die Konkursmasse ist gross genug, dass alle Forderungen von Mitarbeitenden zu 100 Prozent erfüllt werden. Jovanovic bekommt mehrere Tausend Franken. Auch **Susanna Isler** (rechts) hat sich gewehrt und aus dem Konkurs gut 600 Franken erhalten. (asz)

So war 2023: work krönt 8 mutige Búezerinnen und Búezer
Wir feiern unsere Heldinnen – und rechnen mit den Satansbraten ab



Martullo-Blocher: Die Verschwiegene

Der Blocher-Clan besitzt zusammen 14 bis 15 Milliarden Franken. Die Blocher-Schwester **Magdalena Martullo-Blocher** haben letztes Jahr 332 Millionen Franken Dividenden kassiert. Das ist mehr als die gesamten Personalkosten des Konzerns. Wesen Interessen Nationalrätin **Magdalena Martullo-Blocher** im Parlament vertritt, ist daher klar: jene der Reichen und Superreichen, aber ganz sicher nicht jene der Búezerinnen und Búezer ihrer Ems-Chemie. Diese lässt sie lieber länger chrapfen, beendet stillschweigend die Lohnverhandlungen und verpasst der Gewerkschaft Syna einen Maulkorb. Auch über die aktuellen Ems-Löhne schweigt sich der Konzern aus. Ungewohnt viel Stille von der prominentesten Vertreterin der Polter-Partei SVP. (asz)



Endlich Lohnerhöhung für Coop-Verkäuferinnen

Es ist die höchste Lohnerhöhung seit Jahren: Coop-Verkäuferinnen und -Verkäufer erhalten den Teuerungsausgleich, endlich eine Reallohnerhöhung und höhere Mindestlöhne. Für **Ina Maur** (43), Kassierin im Coop (links), bedeutet das 140 Franken mehr Lohn. Damit könne sie etwas «dureschnuufe». Und Coop-Verkäuferin **Esther Nervi** (55) ist erleichtert. Sie sass bei den Lohnverhandlungen in der Begleitgruppe. Doch die tiefen Löhne im Detailhandel sind für sie nach wie vor eine Frechheit. Darum sagt sie: «Die 140 Franken sind ein guter Anfang. Nächstes Jahr müssen wir dafür sorgen, dass die Löhne mindestens wieder um so viel steigen. Dann kommt es langsam gut.» (asz)



Plattenleger wehrt sich gegen Pleitegeier-Chef

Der Búezer **Albert Japara** (52) arbeitete fünf Jahre lang bei seinem Abzockerchef als Plattenleger. Denn dieser ging während der Zeit mit mindestens vier Firmen konkurs. Und zahlte unvollständige Löhne. Auch bei der AHV und der Pensionskasse hatten die Búezer Lücken. Aus seinen Fehlern lernte der Chef aber nicht: mit jeder neu gegründeten Firma stelle er Japara und seine Kollegen, die Mehrheit Búezer aus Moldawien, wieder an. Gegen diese Abzockerlei wehrte sich Japara mit Hilfe des Unia-Rechtsdienstes. Mit Erfolg: Der Familienvater erhielt die geschuldeten 20 000 Franken. Und arbeitet nicht mehr für seinen Abzockerchef. (dak)



Casimir Platzer: Der Wegschauer

Frauen im Gastgewerbe werden angebaggert, angefasst und angespuckt. Von respektlosen Gästen und übergriffigen Kollegen. Verständnislose Vorgesetzte schauen weg. Wie ihr Verband Gastrosuisse unter Präsident **Casimir Platzer**. Dieser reagierte auf die Meldung von explodierenden Zahlen bei den Beratungsstellen für Opfer von sexualisierter Gewalt so: «Im Bereich Gastronomie und Hotellerie sind uns keine Fälle bekannt. Es drängt sich auch kein Handlungsbedarf auf.» work lieferte dann elf mutige Frauen nach, die von ihren Erlebnissen berichteten. Ach ja: Die Branche leidet wie kaum eine andere unter Fachkräftemangel. Die Leute laufen scharenweise davon. Der Verband rät selbst scheint's noch über die Ursachen. (cs)



Bau-Frauen: «Hey Mann, das können wir auch!»

Rasha Werlen (35), **Fabienne Binggeli** (31) und **Delia Dälbenach** (25 v.l.) haben alle etwas gemeinsam: sie arbeiten als Frauen auf dem Bau. Beim Pizza-Znacht mit work packen die Búezerinnen über Probleme und Sexismus aus. Die Dreifach-Mama und Malerin **Werlen** kritisiert stark den fehlenden Mutterschutz auf dem Bau. Die Zimmerin in Ausbildung **Dälbenach** muss immer wieder erklären, dass sie auch als Frau schwere Sachen tragen kann. Und **Malerin Binggeli** hat genug vom Macho-Gehabe und fordert endlich genügend WC für Frauen auf den Baustellen. Am Stammtisch wird klar: «Hey, Mann, das können wir auch!» Damit mehr Frauen auf dem Bau arbeiten, muss ein Ruck durch die Branche gehen. (dak)



Henrique Schneider: Der abgesägte Direktor

Es war die peinlichste Darbietung des Gewerbeverbands (SGV) seit langem: Im Januar wählten die Delegierten den ultraliberalen Rechtsanwältin **Henrique Schneider** zum neuen Direktor. Dann grätschte die «NZZ am Sonntag» in die Parade und entartete den Gewählten zuerst als Titelschwindler und Plagiator – der angebliche «Professor» habe «systematisch abgeschrieben» –, dann als Ex-Geheimdienstler. Nach langem Hin und Her wurde die Wahl annulliert. Als stv. Direktor durfte er aber bleiben. Jetzt schreibt der Abgesagte wieder vermehrt für dubiose Blogs. Kürzlich etwa kritisierte er den argentinischen Präsidenten Javier Milei, notabene ein Anarchokapitalist, als zu brav. Aber das Land sei «halt gerne ein Drecksloch». (jok)



Behertzter Kampf gegen den Irrsinn in St. Gallen

Spitäler und Heime in der ganzen Schweiz sind am Limit: Sie suchen verzweifelt nach Pflegekräften. In der ganzen Schweiz? Nein! Ein grosses Spital in der Ostschweiz will Stellen abbauen. Und zwar ganze 440. Wie kann das sein? Das fragen sich am Kantonsspital St. Gallen auch Stationsleiterin **Nathalie Frey** (32, rechts) und ihre Kollegin **Sina Auer** (26). Im work stellen sie klar: «Wir brauchen mehr Leute, nicht weniger!» Ein Abbau hätte dramatische Folgen, etwa auf die Körperpflege im Spital. Die Mitarbeitenden organisieren Proteste und eine Demo, an der 3000 Menschen teilnehmen. Doppelt so viele fordern mit einer Petition den Kantonsrat auf, die Sache noch einmal zu überdenken. Damit die Gallier am Schluss nicht sagen: «Die spinnen, die St. Galler!» (che)



Armin Häfliger: Der Daru-Diktator

Dieser Chef macht seine eigenen Gesetze: In der Security-Firma Daru-Wache duldet **Armin Häfliger** keinen Widerspruch. Egal, ob Lohnzahlungen (rechtswidrig), Sicherheitsschuhe (alle 10 000 Arbeitsstunden ein neues Paar), Trinkwasser für die Mitarbeitenden (njet) oder die Anschaffung von Putzlappen (ist das wirklich nötig?). Nur Häfliger himself sagt, wo's langgeht. Und er sagt es wortgewaltig: Wenn er sich in der Betriebszeitschrift erklärt oder auf der Plattform Kununu über Mitarbeitende herzieht, dann meist über mehrere Seiten und immer von oben herab. Dafür nicht immer wahrheitsgetreu: Im März behauptete er, die Unia habe einer Verschlechterung der Daru-Spesen zugestimmt – was sich als Fake News herausstellte. (che)

Irland Überraschender Fremdenhass

Vor drei Wochen griff in Dublin ein irischer Staatsbürger Schulkinder mit einem Messer an. Dank dem selbstlosen Eingreifen der Lehrerin, eines brasilianischen Deliveroo-Kuriers und eines französischen Kellners wurde der Täter überwältigt. Angestachelt von rechtsradikalen Falschmeldungen über den «ausländischen» Messerstecher im Internet, zogen danach etwa zweihundert randalierende Jugendliche durch die Innenstadt und zündeten Polizeiz-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

autos, Busse und ein Tram an. Auch mehrere Geschäfte und Warenhäuser wurden geplündert. Die Polizei schaute zu.

NEUER RASSISMUS. In Dublin kam es vorher noch nie zu ausländerfeindlichen Krawallen. Auch nach der Finanzkrise nach 2008 nicht, in der viele ihre Stelle verloren oder grosse Lohnkürzungen hinnehmen mussten. Trotz grosser Zuwanderung gibt es auch an irischen Schulen kaum Integrationsprobleme, da keine Kinder aussortiert werden, sondern bis zur Matura im gleichen Klassenverband bleiben.

«Du kannst nicht Irin und Rassistin sein.»

ROCKSÄNGERIN IMELDA MAY

Dies erklärt auch die Spitzenposition Irlands im neusten internationalen Pisa-Schulvergleich. Auch im irischen Parlament gab es bislang keine einzige Partei, die mit rassistischen Parolen Politik macht. «Du kannst nicht gleichzeitig Irin und Rassistin sein.» Dieser Satz der irischen Rocksängerin Imelda May sprach vielen aus der Seele, die nach dem fremdenfeindlichen Krawall an der Mahnwache des irischen Gewerkschaftsbundes teilnahmen. Viele Iren wissen genau, was Rassismus bedeutet, haben sie ihn doch als Auswanderer*innen oft am eigenen Leib erlebt.

UNSOZIALE MEDIEN. Dagegen steht Irland immer mehr im Zentrum rechter Agitatoren im Internet. Dabei wurden die meisten rechtsradikalen Tweets, welche die Randalierer anfeuerten, ausgerechnet in den USA und in Grossbritannien verfasst. Trotz den Tesla-Streiks in Schweden fand sogar der Tesla-Boss, Elon Musk, Zeit für einen persönlichen Hetz-Retweet über den «Ausländer», der «irische Kinder absticht», und über Leo Varadkar, den «irischen Ministerpräsidenten», der «die Iren hasst».

WIRTSCHAFTSLIBERALE REGIERUNG. Nach den Krawallen bezeichnete die Justizministerin die Randalierer schlicht als asoziale «Drecksäcke» und bestellte aus dem nordirischen Belfast zwei Wasserwerfer für die Polizei. Mit der schlechten sozialen Lage hätten die Krawalle hingegen nichts zu tun, trotz über 13000 Obdachlosen in Dublin. Zwar kamen die Randalierer tatsächlich etwa gleichermassen aus reichen und armen Bezirken. Dennoch macht die Regierung derzeit alles, um die sozialen Spannungen in Irland weiter anzuheizen. Statt die Macht profitgieriger Hausbesitzer zu brechen und mehr Geld in den Wohnungsbau zu investieren, kündigte sie Anfang Woche an, neue ukrainische Flüchtlinge künftig nur noch 90 Tage lang zu beherbergen. Neue männliche Flüchtlinge aus anderen Staaten kriegen schon seit letzter Woche kein Obdach mehr. Stattdessen drückt die Regierung ihnen Zelt, Schafsack, und 113 Euro pro Woche in die Hand. Trotzdem seien Kriegsflüchtlinge aus allen Ländern laut Leo Varadkar weiterhin willkommen.

Krisen in Italien: Eine ziemlich brisante Mischung «Meloni, das Volk hat Hunger»

Die Regierung von Giorgia Meloni will die Gewerkschaften in die Knie zwingen. Doch ihre Basis drängt zum Streik. Denn die Situation vieler Menschen wird immer prekärer.

OLIVER FAHRNI

Eine gute Woche vor Weihnachten geht es in Italien hart auf hart: Für den 15. Dezember rufen die Gewerkschaften CGIL und UIL zum Landesstreik im öffentlichen Verkehr. Italien könnte stillstehen. Die Union der Basisgewerkschaften, USB, mobilisiert sogar für einen Generalstreik im ganzen Service public und darüber hinaus. Ihr Slogan: «Meloni, das Volk hat Hunger.»

Die Gewerkschaften handeln in Notwehr: Sie versuchen, der rechtsextremen Regierungschefin Giorgia Meloni in den Arm zu fallen. Meloni hat gleich bei ihrem Machtantritt im Oktober 2022 den Arbeitenden, Prekären und Armen den Kampf angesagt. Den Flüchtlingen und Migrantinnen sowieso.

Für die Gewerkschaften ist die Lage in Italien heikel.

Seither haben Italiens Löhne real acht Prozent an Wert verloren. Im Juli 2023 hat Meloni 169000 Familien per SMS (!) das ohnehin karge Bürgergeld gestrichen – die Betroffenen fielen ins Nichts, verhöhnt als «divanisti», also jene, die faul auf dem Sofa rumlungern. Bei Millionen Arbeitslosen, die gerne arbeiten würden, ist das soziale Gewalt. Bereits leben mehr als ein Fünftel der Italienerinnen und Italiener unter der Armutsgrenze, sagt das Statistikbüro der EU.

MELONIS ANGRIFF AUF DIE GEWERKSCHAFTEN

Und nun hat Meloni zum nächsten Doppelschlag ausgeholt. Ein Sparhaushalt für 2024 streicht die Renten zusammen, mindert zahlreiche Sozialleistungen und schleift weitere Teile des öffentlichen Dienstes. Eine neue Privatisierungswelle rollt an. Gleichzeitig will sie die Gewerkschaften zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zwingen, um sie zu brechen.

Im Parlament haben Melonis Rechtsextreme eine sichere Mehrheit, der Widerstand könnte allenfalls von den Organisationen der



MELONI MARSCHIERT MASKIERT: Italiens Regierungschefin, eine alte Europafeindin, hat das Wohlwollen aus Brüssel, weil sie der EU hilft, sich gegen aussen abzuschotten. FOTO: KEYSTONE

Arbeitenden kommen. Die haben sich zu einer Art Generalstreik in Raten entschieden. Doch Melonis Vize, der Neofaschist Matteo Salvini, provoziert sie seit Monaten mit Attacken auf das Streikrecht. So zwang er sie mit der Drohung, die Arbeitenden per Gesetz und Polizei zum Dienst zu verpflichten, die Novemberstreiks auf vier Stunden zu begrenzen. Nun hat er dieselbe Ansage für den 15. Dezember gemacht. Ob CGIL und UIL kuschen, ist bei Redaktionsschluss (13.12.) noch unklar, die USB will die Konfrontation mit Salvini wagen. Sie kündigte an: «Wir streiken durch.»

Für die Gewerkschaften ist die Lage heikel. Einerseits fehlt ihnen eine starke politische Unterstützung. Andererseits treibt die Basis sie vor sich her, mit wilden Lohnstreiks, Arbeitsverweigerungen nach Berufsunfällen und Fabrikbesetzungen bei Entlassungen.

SCHMUSEKURS MIT EUROPA

Wer in Italien auf die Unterstützung Europas im Kampf gegen die erste rechtsextreme Regierung in einem EU-Kernland gehofft hatte, sieht sich getäuscht. Brüssel schaut mit Wohlwollen nach Rom. Dass Melonis Regierung systematisch Grundrechte wie das Streikrecht

oder die Meinungsfreiheit aushebelt und jetzt auch mit einer antidemokratischen Verfassungsreform ihre Macht dauerhaft sichern will, wird geflissentlich übersehen. Ebenso die neue Mussolini-Verherrlichung, die ultranationalistischen Schulprogramme, die Säuberung der Medien und der kulturellen Institutionen, die wachsende Repression jeder Opposition.

Meloni marschiert maskiert. Klaglos hat die alte Europafeindin die deutschen Spardiktate akzeptiert, enthusiastisch folgt sie dem Franzosen Emmanuel Macron in einen verschärften Neoliberalismus. Derweil spaziert sie mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Küsschen hier, Küsschen da, über die Flüchtlingsinsel Lampedusa, denn die rassistische Römer Regierung ist heute zur Bündnispartnerin geworden, wenn Europa sich abschottet und mit dem Menschenrecht auf Asyl bricht.

Eine ziemlich brisante Mischung: zornige Gewerkschaften, eine Regierung, die den Showdown sucht, und eine italienische Gesellschaft im Aufruhr, die zunehmend in Widerstand zum rechtsextremen Umbau des Landes und dem Machismo geht.

Gewalt und Mord an Frauen: «Die guten Jungs des Patriarchats»

Ihr Kampfruf heisst: «Keine Einzige mehr!» Die Italienerinnen haben genug. Seit der Ermordung der Studentin Giulia Cecchettin (22) durch ihren Ex-Freund im norditalienischen Padua mischen sie das Land mit einer nie gekannten Mobilisierung auf. In kürzester Zeit haben sie die Gewalt gegen Frauen zu einem Thema gemacht, das die neofaschistische Regierung von Giorgia Meloni in Bedrängnis bringt.

Giulia war am 11. November verschwunden. Ihr Ex hatte sie verfolgt und niedergestochen, die Leiche auf der Flucht bei Venedig in einen Graben ge-

Giorgia Meloni, die oberste Patriarchin, steht unter Druck.

worfen. Sie wurde erst nach einer Woche entdeckt, der Ex-Freund auf einer ostdeutschen Autobahn gefasst.

KEIN MONSTER. Die Tat trieb in Padua spontan 15000 Menschen auf die Strasse. Kurz dar-



GENUG! In Italien gehen die Frauen auf die Strasse und wehren sich gegen die vorherrschende Unterdrückungskultur. FOTO: KEYSTONE

auf demonstrierten in Rom schon mehr als 500000 Frauen. Es war offiziell Feminizid Nummer 106 in diesem Jahr. Seither wurden fünf weitere Frauen von Nahestehenden gemordet. Diese Gewalt ist banalisiert, sie wird von der Gesellschaft meist als «Ausraster» hingenommen (und fast immer suggeriert dies auch eine Schuld des Opfers). Warum hat die Tötung Giulias diese Mauer der Duldung nun durchbrochen?

Ihre Beerdigung wurde landesweit direkt übertragen. Politiker und Minister waren da, der Bischof zelebrierte. Vater Gino Cecchettin sprach: «Ich richte mich zuerst an die Männer, weil wir die ersten sind, die zeigen müssen, dass wir diese Geschlechtergewalt nicht mehr wollen.» Das war wie ein Echo auf Giulias ältere Schwester Elena. Sie gibt den Ton der Mobilisierung an: «Der Täter ist kein Monster. Monster sind Aus-

nahmen, für Monster muss die Gesellschaft keine Verantwortung tragen. Doch diese Täter sind die normalen Kinder, die «guten Jungs» des Patriarchats, der Kultur der Vergewaltigung.»

Sofort ergoss sich der brüllende Hass von Facebook-Männern und rechten Politikern aus dem Umfeld Melonis über die trauernde Schwester. Doch die Zungen lösen sich. Allein in Padua haben in wenigen Tagen 86 Frauen wegen erlittener Gewalt um Hilfe gerufen. Meloni, die oberste Patriarchin, steht unter Druck. Sie hängt einem konservativen Frauen- und Familienbild an, möchte die Italienerinnen massenweise gebären lassen. Im Frühjahr hat sie ein internationales Abkommen zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen nicht ratifiziert. Den Mord an Giulia verurteilte sie. Und fühlte sich genötigt, ein Präventionsprogramm in den Schulen aufzulegen. Zum Verantwortlichen ernannte sie einen Psychologen, der sich mit der Aussage einen Namen gemacht hatte, Geschlechtergewalt existiere nicht. (olf)



MITEINANDER: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert Länder und Organisationen auf, sich für einen dauerhaften Frieden in Nahost einzusetzen. FOTO: ZVG

Resolution der Delegierten des SGB

Frieden und Sicherheit für alle Menschen in Israel und Palästina, Waffenstillstand in Gaza

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist erschüttert über die Tragödie, die sich im Gazastreifen und in Israel abspielt. Die Delegierten des SGB haben eine Resolution verabschiedet, die work hier abdruckt.

Der SGB verurteilt die Terrorangriffe der Hamas vom 7. Oktober, bei denen Menschen aus Israel wahllos getötet, verletzt oder als Geiseln genommen wurden, aufs schärfste. Diese Angriffe auf die israelische Zivilbevölkerung sind die brutalsten, die es aus Gaza auf Israel je gegeben hat, und sind durch nichts zu rechtfertigen.

Ebenso scharf verurteilt der SGB die unverhältnismässige Reaktion der israelischen Armee, die den Gazastreifen massiv bombardiert hat.

Die Spirale der Eskalation muss endlich gestoppt werden.

Die Bevölkerung wurde nicht nur von Nahrung, Wasser und Strom abgeschnitten, sondern auch von der Gesundheitsversorgung, da die meis-

ten Krankenhäuser ausser Betrieb sind, und die Kinder haben keinen Schulunterricht mehr.

Die Reaktion der israelischen Regierung und der Armee verschärft die humanitäre Lage im Gazastreifen immer weiter. Die palästinensische Zivilbevölkerung, die bereits seit Jahren unter der brutalen Diktatur des Hamas-Regimes und der inakzeptablen Blockade durch Israel lebt, ist nun andauernden israelischen Bombardements ausgesetzt und leidet unter medizinischer Not und einer humanitären Katastrophe. Das muss ein Ende haben.

FORDERUNGEN

Die aktuellen Ereignisse sind ein neuer Höhepunkt einer jahrzehntelangen Gewalt- und Eskalationsspirale. Diese muss endlich gestoppt werden. Eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt kann nur auf der Achtung und Einhaltung von Völker- und Menschenrechten basieren. So verlangen der Uno-Teilungsplan von 1947 sowie die Uno-Resolutionen 242 (aus dem Jahr 1967) und 338 (aus dem Jahr 1973) eine gerechte Zweistaatenlösung.

Der SGB setzt sich entschieden ein für eine Welt, in der Frieden und Demokratie auf der vollen Anwendung des Rechtsstaats und des Völkerrechts basieren. Wir lehnen Krieg, Gewalt, Antisemitismus, Islamophobie und jede Form von Rassismus ab. Wir fordern

● alle Länder und Organisationen auf, sich für einen dauerhaften Frieden in Nahost einzusetzen. Der Bundesrat soll

sich für einen dauerhaften Frieden in der Region und einen Waffenstillstand einsetzen.

● einen Waffenstillstand und die sofortige Einrichtung humanitärer Korridore in den Gazastreifen, um dort die Not der palästinensischen Zivilisten zu lindern.

● die sofortige und bedingungslose Freilassung aller israelischen Geiseln und aller Personen, die im Zusammenhang mit diesem Konflikt illegal festgehalten werden, sowie die Entwaffnung der Hamas und die Überführung des Gazastreifens unter eine demokratische, rechtsstaatliche palästinensische Regierung. Die israelische Regierung muss ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen und die Uno-Beschlüsse unter internationaler Ägide umsetzen.

SOLIDARITÄT

Der SGB bringt seine Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Ausdruck, die sich weiterhin dafür einsetzen, die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, und fordert ihren Schutz. Bis heute haben bereits zahlreiche humanitäre Helferinnen und Helfer ihren humanitären Einsatz mit dem Leben bezahlt. Seit Beginn des Krieges wurden auch zahlreiche Journalistinnen und Journalisten in Gaza getötet.

Wir fordern den Schutz dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weiterhin im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, in der Wasser- und Energieversorgung, im Bildungswesen und in anderen Schlüsselbereichen tätig sind.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE HÖLLE VON GAZA

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.» So lautet Artikel 1 der Universellen Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Zu Recht feierte die Uno in New York und Genf am 10. Dezember das 75. Jubiläum der Deklaration. Sie ist eine

Aussenminister Ignazio Cassis ist völlig überfordert.

Errungenschaft menschlicher Zivilisation.

Nach den schrecklichen Leiden des Zweiten Weltkrieges soll sie für alle Zukunft sicherstellen,

dass von nun an nicht mehr die brutale Gewalt, sondern das verbrieftete Völkerrecht die Beziehungen zwischen den Staaten und Nationen bestimmt. Aber genau in diesem Jubiläumsjahr erlebt die Menschheit in Nahost die totale Verachtung aller Menschenrechte und die Lähmung der Uno.

NOT. Auf den grausamen Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Südisrael antwortet Israel unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit einem fürchterlichen Rachefeldzug gegen die palästinensische Zivilbevölkerung. 2,8 Millionen Menschen leben auf 365 Quadratkilometern. Sie sind vollständig eingeschlossen und haben keine Möglichkeit zu fliehen. Mit Ausnahme der kurzen Feuerpause bombardiert die israelische Armee seit zwei Monaten Wohngebiete, Schulen, Moscheen, Gebäude des Uno-Flüchtlingswerkes UNRWA, Marktplätze und Spitäler. Über 17 000 Menschen sind bereits getötet worden. Dazu kommen 210 000 Schwerstverletzte und eine unbekannte Zahl von Opfern, die unter den Trümmern begraben sind und nicht geborgen werden können. Mehr als die Hälfte der Opfer sind Kinder unter 18 Jahren.

EHRE. Der israelische Rachefeldzug grenzt an Völkermord. Netanjahu kündigte eine monatelange Fortsetzung der Bombardements an und verweigert den Waffenstillstand. Von 35 Spitälern in Gaza sind 28 schwer beschädigt oder ganz zerstört. Schweizer Ärztinnen und Pflegerinnen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Kriegschirurgen, die für die Hilfsorganisationen «Ärzte ohne Grenzen» und «Ärzte der Welt» arbeiten und oft ohne Anästhesie und unter Gefahr für das eigene Leben Schwerstverletzte operieren, sind die Ehre unseres Landes.

SCHANDE. Der Bundesrat muss sich sofort für einen unbegrenzten Waffenstillstand einsetzen. Doch Aussenminister Ignazio Cassis ist völlig überfordert und steht unter dem Einfluss seines Generalsekretärs Markus Seiler, ehemaliger Nachrichtendienstchef und enger Freund des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad. Cassis weigert sich, den ihm als Aussenminister des Depositärstaates der Genfer Konventionen aufgetragenen Einsatz für einen sofortigen Waffenstillstand wahrzunehmen. Das ist eine Schande für die Schweiz und mörderisch für Hunderttausende von palästinensischen Familien in der Hölle von Gaza.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Neue SAH-Kinderlager (Ski-)Ferien für alle!

Kein Kind soll auf Ferien verzichten müssen, nur weil seine Eltern knapp bei Kasse sind. Davon ist das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) überzeugt. Dieses wurde 1936 vom Gewerkschaftsbund und der SP gegründet und bietet bis heute stark vergünstigte Sommer-, Herbst- und Winterlager an. 2024 kommt erstmals auch ein Frühlinglager dazu. Willkommen sind alle Kinder von 8 bis 15 Jahren. Die Kosten für eine Lagerwoche sind abhängig vom Einkommen der Eltern und liegen zwischen 110 und 430 Franken pro Kind. Als nächstes stehen zwei Skiwochen im Bündnerland an. Frühzeitig anmelden!

Mehr Infos und anmelden unter: rebrand.ly/kinderlager.

Unia-Ratgeber Arbeit auf Abruf boomt

Arbeit auf Abruf bietet Chefinnen enorme Flexibilität und wälzt ihre Risiken voll auf die Arbeitnehmenden ab. Diese haben meist keine garantierte Mindestarbeitszeit (Nullstundenverträge). Eine vernünftige Wochenplanung wird so praktisch



HILFREICH: Der Unia-Ratgeber.

unmöglich. Oft besteht nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld. Fatal: Überall, wo diese Form der Ausbeutung noch erlaubt ist, nimmt sie rasant zu. Auch in der Schweiz. Hier arbeiten bereits 308 000 Personen auf Abruf. Das sind 100 000 mehr als noch 2020 und fast doppelt so viele wie noch vor 20 Jahren. Umso wichtiger ist es, seine Rechte zu kennen. Hilfe bietet der grosse Unia-Ratgeber zur Arbeit im Stundenlohn.

Unia-Ratgeber **Arbeiten im Stundenlohn oder auf Abruf. Das sind meine Rechte**, online in Deutsch, Portugiesisch, Spanisch und Albanisch unter rebrand.ly/ratgeberstundenlohn.

Doku-Tipp Blind nach Gummischrot

Nach einem Fussballspiel oder einer Tanzdemo das Augenlicht verloren: Das sind die Schicksale von Menschen, die Opfer eines polizeilichen Gummischroteinsatzes wurden. Die neue Doku von SRF Impact spricht mit drei jungen Opfern. Die Doku gibt auch Einblick in die Logik der Polizeiapparate und offenbart die Verharmlosung dieser «weniger tödlichen Waffen», wie sie im Fachjargon heissen. Dabei ist das Problem bei Gummischrot klar: Beim Abfeuern schiessen Dutzende Projektile durch die Luft. Und wegen ihrer Streuung ist Zielen fast unmöglich. Wer oder was getroffen wird, ist somit ziemlich willkürlich. In vielen europäischen Staaten sind Gummigeschosse deshalb verboten.

Der gesamte Doku-Film von SRF Impact: rebrand.ly/blindnachgummischrot.

Caritas: Für die ökologische Wende braucht es neue Bündnisse Raus aus der Klimakrise – aber richtig und sozial!

Wie können wir die Klimakrise bewältigen? Das ist eine der brennendsten Fragen unserer Zeit. Wer Antworten sucht, wird im neuen Caritas-Sozialalmanach fündig.

RALPH HUG

Das Hilfswerk Caritas zeigt sich auf der Höhe der Zeit: Der Übergang vom derzeitigen Raubbau-Kapitalismus zu einer Gesellschaft, die ihre natürlichen Lebensgrundlagen respektiert, ist für uns alle zur Überlebensfrage geworden. Das präsentiert Caritas im Sozialalmanach 2024 (siehe Box). Zwei Dutzend Autorinnen und Autoren, darunter bekannte Namen wie Klaus Dörre, Ueli Mäder oder François Höpfinger, liefern viel Lesestoff auf zweihundert Seiten. Der Titel: «Sozialökologische Wende und Armut in der Schweiz».

MEHR ZEIT FÜR ALLE

Einen Königsweg gibt's nicht. Aber klar ist: Die Wende muss ökologisch sein, und sie muss auch sozial sein. Es gehe darum, Existenzen zu sichern, betonen Caritas-Direktor Peter Lack und Fabian Saner, Leiter der Fachstelle Bildung bei der Caritas. Vor allem Armutsbetroffene und Marginalisierte litten besonders unter der Krise. Ihr geringes Einkommen lasse ihnen kaum Spielraum. So warnt die Caritas vor der simplen Forderung nach Verzicht, den Privilegierte ausgerechnet den Armen abverlangten. Vielmehr brauche es angesichts der Klimakrise ein «neues Verständnis solidarischer Praxis zwischen Ungleichem».

Die ökologische Wende ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben: Diese Auffassung durchzieht fast alle Texte im Band. Die Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Jahr 2021 dient als Beleg dafür: Politische Erfolge sind nur dann möglich, wenn bei ökologischen Massnahmen Rücksicht auf die



Sozialalmanach: Denkarbeit der Caritas

Seit 1999 gibt die Caritas jährlich den Sozialalmanach heraus. Diese Bände versammeln jeweils Fachbeiträge zu aktuellen Themen, welche die Armutsbekämpfung, die zentrale Aufgabe des Hilfswerks, tangieren. Damit leistet die Caritas wichtige Denkarbeit und gibt Anstösse zu Reformen. Nach Frauenarmut und Ungleichheit geht es im soeben erschienenen neuesten Band um die sozialökologische Wende. (rh)

Interessen der breiten Bevölkerung und namentlich der Schlechtergestellten genommen wird. Um dies zu erreichen, braucht es neue Bündnisse.

WETTEREXTREME NEHMEN ZU: Überschwemmter Campingplatz in Ottenbach ZH. FOTO: KEYSTONE

Zum Beispiel zwischen den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen, wie Unia-Soziologin Mirjam Brunner betont. Sie fordert in ihrem Beitrag eine Arbeitszeitverkürzung und die Vier-Tage-Woche. Diese müsse aber richtig etabliert werden – nicht so, dass mehr Stress und Burnouts entstünden, sondern dass mehr Zeit für ein würdiges und ökologisches Leben resultiere. Neben dem Wohlstand müssten auch die Zeitressourcen besser verteilt werden.

Der Soziologe Klaus Dörre, der auch schon bei der Unia zu Gast war, macht Mut und verweist auf positive Beispiele, wo die Wende bereits gelebt wird und funktioniert – etwa bei Genossenschaften oder in gemeinschaftlichen Quartierinitiativen. Er sieht viele Wege, das umweltschädliche Profitprinzip zurückzudrängen, sei es durch neue Umwelt- und Sozialstandards oder auch durch Reichtumsabgaben zur Finanzierung von Klimamassnahmen.

Interessant: Der Caritas-Band beleuchtet auch neue Beteiligungsfor-

Caritas warnt vor der simplen Forderung nach Verzicht, den Privilegierte ausgerechnet den Armen abverlangten.

men wie zum Beispiel lokale Bürgerinnen- und Bürgerräte. Solche Räte werden nach dem Losprinzip ausgesucht, sie erarbeiten dann Klimaschutzvorschläge und stärken so die öffentliche Klimadebatte. Derartige Institutionen der Mitsprache gibt es nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Westschweiz, in Sitten, Bellinzona oder Winterthur. Ihre Wirkung auf das allgemeine Bewusstsein in der Gesellschaft sei nützlich, so das positive Fazit einer Untersuchung.

Natürlich kommt im Band auch der übermässige Klimakonsum der Reichen mit ihren Privatjets, Luxusvillen und Jachten zur Sprache. Und die Tatsache, dass die Armen oft die Klimaziele schon erfüllen, aber eben durch Zwangsverzicht mangels Einkommen. An Solidarität kommt jedoch niemand vorbei, soll die Wende gelingen. Offen bleibt die Frage, wie diese Solidarität nach dreissig Jahren neoliberalen Egoismus dauerhaft wiederhergestellt werden kann.

Sozialalmanach 2024. Sozialökologische Wende und Armut in der Schweiz. Herausgegeben von Caritas Schweiz, Fr. 36.–. Erhältlich in den Buchhandlungen oder direkt bei der Caritas: rebrand.ly/caritas-shop.

work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



IMMER MEHR ARME – KOMMT JETZT DIE TRENDWENDE?

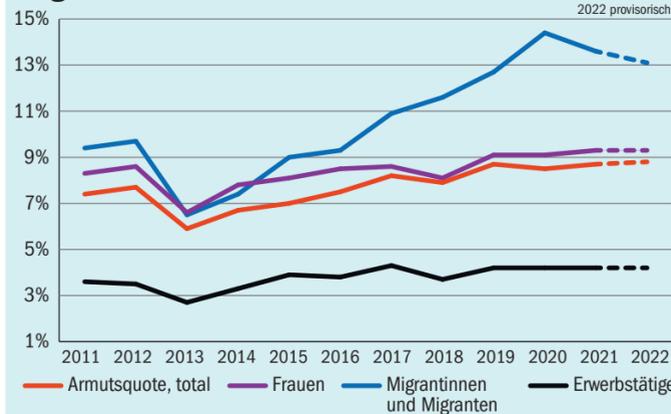
Von 2013 bis zum Jahr 2021 ist die Anzahl der von Armut Betroffenen in der Schweiz stetig angestiegen. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich in dieser Zeit um mehr als einen Drittel, von knapp 6 auf 8,7 Prozent. 2021 entsprach dies 745 000 Personen. Als arm werden Personen bezeichnet, deren Einkommen unter jener Schwelle liegt, die für eine soziale Teilnahme am Leben nötig ist. Am Beispiel einer vierköpfigen Familie lag diese Grenze 2021 bei knapp 4000 Franken, wenig genug.

FRAUEN STÄRKER BETROFFEN. In den Pandemie Jahren 2020/2021 hat sich die Armut dank Unterstützungsmassnahmen, verlängerter Kurzarbeit usw. nicht wesentlich verschärft, sondern ist etwa auf dem gleichen, allerdings hohen Niveau geblieben wie vor Corona. Besonders von Armut betroffen sind Personen mit einem ausländischen Pass. Das war zwar schon immer so, aber ihre Armutsquote hat

sich seit 2013 mehr als verdoppelt, ist also ungleich stärker angestiegen als bei der Schweizer Bevölkerung. Frauen waren seit je stärker von Armut betroffen als Männer, der Unterschied hat sich aber bis 2018 deutlich verringert und ist seither wieder leicht grösser geworden. Auch die Zahl jener Personen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind, hat zugenommen. Ihr Anteil am Total der Erwerbstätigen ist von 2,7 Prozent im Jahr 2013 auf 4,2 Prozent gestiegen.

ZEICHEN DER TRENDWENDE. Entgegen den Befürchtungen ist der Anteil der Personen, die Sozialhilfe beziehen, in den Pandemie Jahren nicht gestiegen. Und die ersten Zahlen aus den Kantonen zeigen, dass die Sozialhilfequote im letzten Jahr erstmals seit langem sogar zurückgegangen ist. Gute Kunde auch vom Arbeitsmarkt: Die Zahl der Erwerbslosen hat sich seit den Pandemie Jahren deutlich verringert und ist dieses Jahr sogar auf ein Zehnjahrestief gesunken.

Migrantenfamilien besonders von Armut betroffen



Lesbeispiel: 2021 lebten 8,7% der Bevölkerung unter der absoluten Armuts-grenze. Diese betrug für eine vierköpfige Familie knapp 4000 Franken.

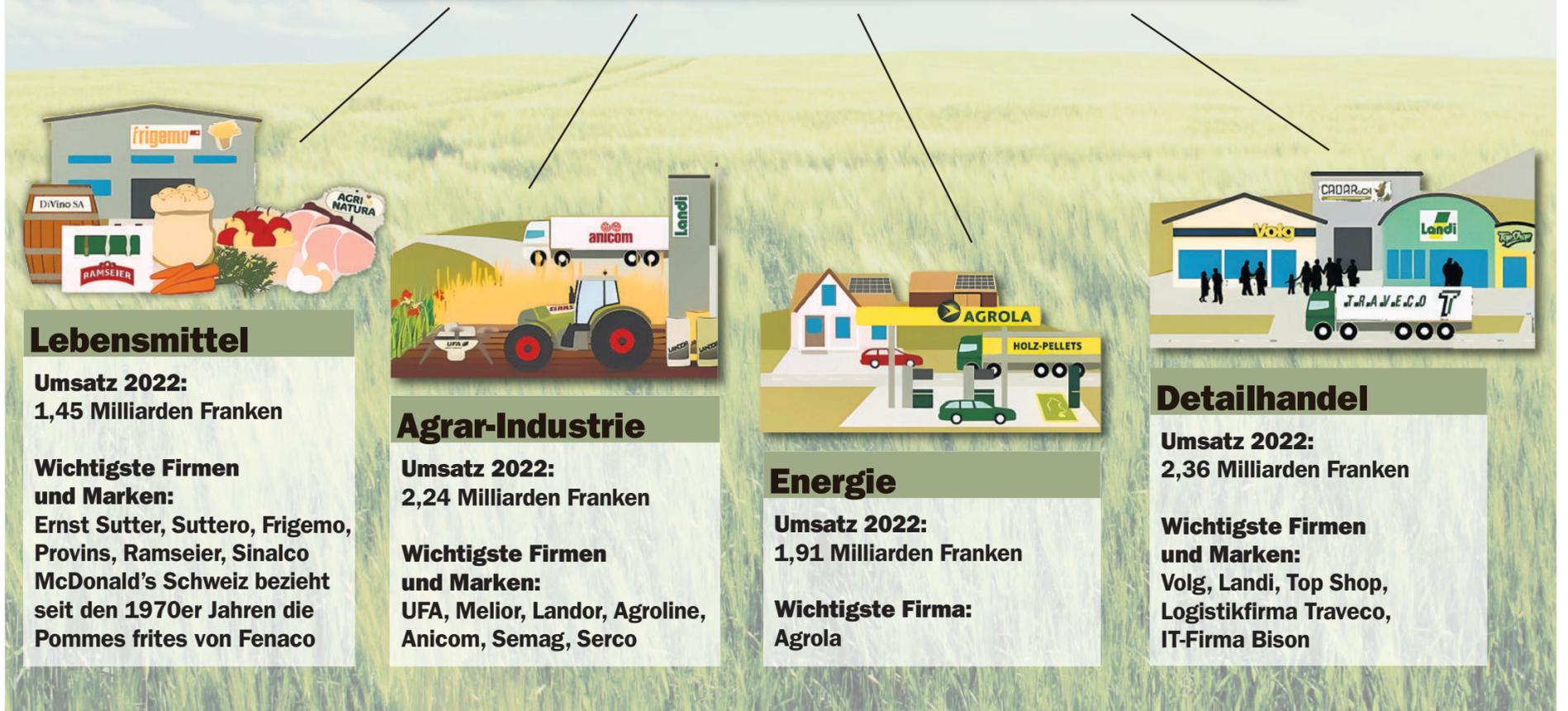
Dies deutet alles auf eine Trendwende hin, die auch die Zahl der von Armut Betroffenen endlich wieder reduzieren könnte. Entscheidend wird dabei sein, wie sich die Inflation entwickelt und ob es gelingt, die stei-

gende Belastung durch Krankenkassenprämien und höhere Mieten mit Lohnanpassungen und sozialen Massnahmen zu kompensieren.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

QUELLE: BFS, ERHEBUNG SILC, GLEICHHEITSMONITOR DENKNETZ.

Das Fenaco-Imperium



Das System Fenaco: So tickt der mächtige Agrar-Konzern

Von Most, Macht und Monopol

Der Agrar-Händler Fenaco wächst und wächst. Trotzdem knausert er bei den Löhnen der Mitarbeitenden. Wer ist der Konzern hinter Landi, Volg und Co.? work bringt Licht ins Dunkle.

IWAN SCHAUWECKER

Bei Fenaco fehle der Wille, das Personal angemessen am guten Geschäftsgang zu beteiligen, schreibt die Unia nach den gescheiterten Lohnverhandlungen. Viele der 11 500 Mitarbeitenden müssen auch dieses Jahr Reallohnverluste in Kauf nehmen (work berichtete: [rebrand.ly/fenaco](https://www.rebrand.ly/fenaco)). Das betrifft die Verkäuferinnen in den Volg-Läden, Landis und Tankstellenshops, aber auch Mitarbeitende in über 100 weiteren Fenaco-Betrieben. Denn die Fenaco funktioniert heute als Hauptversorgerin und Grossabnehmerin der Schweizer Landwirtschaft. Kilian Baumann, Kleinbauer aus dem Berner Seeland und Nationalrat der Grünen, sagt: «Als Bauer kommt man um die Fenaco fast nicht herum, die Stellung ist vergleichbar mit Coop und Migros im Detailhandel.» So kauft ein Schweizer Landwirt seinen Dünger in der Regel bei Landor, das Saatgut bei Semag, und die Pestizide besorgt er sich bei Agroline. Und den Traktor bei Serco. Die UFA liefert das Kraftfutter für Schweine und Rinder, der Verkauf und Transport der Tiere läuft über die Anicom, welche die Fracht zu einem Schlachtbetrieb von Suttero bringt. Bauern und Bäuerinnen auf dem Land kaufen ihre Bratwurst und den Most

Ein grosser Teil der Direktzahlungen fliesst früher oder später zu Fenaco.

gerne im Volg oder bei der Agrola-Tankstelle ein. Hinter diesem Kreislauf und insgesamt über hundert Firmen und Marken steckt die Fenaco.

GEBURTSSTUNDE DER DIREKTZAHLUNGEN

Der Fenaco-Konzern wurde vor 30 Jahren gegründet. Damals schlossen sich sechs landwirtschaftliche Genossenschaftsverbände und ihre Landi-Mitglieder in der Deutschschweiz und der Romandie zusammen. Die Landis waren genossenschaftlich organisiert und Ende des 19. Jahrhunderts als Mittel zur bäuerlichen Selbsthilfe ins Leben gerufen worden. 1993 war nicht nur das Gründungsjahr der Fenaco, es war auch die Geburtsstunde der Direktzahlungen des Bundes für die Schweizer Landwirtschaft. Seither ist die Anzahl der Bauernbetriebe um die Hälfte geschrumpft: Die knapp 50 000 Bauernhöfe, die es in der Schweiz heute noch gibt, empfangen jährliche Direktzahlungen in der Höhe von 2,8 Milliarden Franken. Das macht pro Betrieb im Durchschnitt 60 000 Franken. Vier von fünf Bauernbetrieben in der Schweiz sind auch Mitglied bei der Fenaco. Ein grosser Teil der Direktzahlungen fliesst früher oder später zu den Agrar-Tochterunternehmen der Fenaco. Diese machten 2022 einen Umsatz von 2,24 Milliarden Franken.

ÖKOLOGISCHE INTENSIVIERUNG

«Fenaco lebt vom Pestizid-, Dünger- und Futtermittelverkauf in der Schweiz», sagt Bauer und Politiker Baumann. «Sie wollen dieses profitable Geschäft möglichst lange schützen, auch wenn inzwischen klar ist, dass es nicht kompatibel mit Biodiversität und Klimaschutz ist.» Der Import von Rohstoffen für die Futtermittel, zum Beispiel Soja aus Brasilien, gilt als problematisch, weil damit grosse Landflächen beansprucht und Regenwälder abgeholzt werden. Und auch in der Schweiz verursacht die intensive Landwirtschaft Schäden. «Trotz milliardenschweren Direktzahlungen schwindet die biologische Vielfalt,

schreibt etwa Greenpeace in ihrem Bericht «Der Futtermittel-Schwindel». Die importierten Rohstoffe für Futtermittel haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt, und knapp die Hälfte dieser Importe kauft die Fenaco. Die Fenaco entgegnet auf ökologische Vorwürfe, dass das Unternehmen vermehrt in alternativen Pflanzenschutz, ökologische Kreisläufe und erneuerbare Energien investiere. In diesem Zusammenhang wird bei Fenaco von «ökologischer Intensivierung» gesprochen. Seit Anfang Jahr verkauft der Konzern auch hauseigene Klimazertifikate.

KRITIK AM RIESEN

Bauer Baumann kritisiert aber nicht nur die intensive Landwirtschaft, sondern auch die Grösse und Macht der Fenaco: «Fenaco ist ein Riese und hat in verschiedenen Bereichen praktisch eine Monopolstellung, zum Beispiel beim Dünger, bei Saatgut, Tierhandel und Futtermitteln.» Auch manche genossenschaftlichen Mitglieder der Fenaco sind nicht zufrieden mit den Vorgaben der Fenaco. So entschied sich beispielsweise die Zuger Landi Hünenberg, per Ende Jahr aus der Fenaco auszutreten. Die Landi Hünenberg sei dank dem Austritt wieder freier bei der Gestaltung des Sortiments und könne zum Beispiel Futtermittel zu günstigeren Konditionen einkaufen.

Die Fenaco bestreitet, dass es eine übermässige Abhängigkeit der Schweizer Landwirte gebe. «Die Schweizer Landwirtinnen und Landwirte sind freie Unternehmerinnen und Unternehmer, die selbst entscheiden, bei wem sie ihre Produktionsmittel kaufen», schreibt das Unternehmen auf Anfrage. Zum Ausstieg der Landi Hünenberg gibt sich die Fenaco in der Zeitung «Schweizer Bauer» wortkarg: «Zur guten Diskussionskultur gehört, wenn es ab und zu knirscht im Gebälk.»

KEIN KRACH IN DER BAUERNSTUBE

Damit es in der Bauernstube nur knirscht und nicht kracht, ist Fenaco auch im Bundeshaus präsent. In der Wirtschaftskommission, wo die

Gesetze der Agrarpolitik gemacht werden, sitzen seit Jahrzehnten Verwaltungsratsmitglieder der Fenaco. Heute ist dies der gelernte Landwirt und Anwalt Leo Müller (Mitte). Auch Bundesrat Guy Parmelin war lange Jahre Verwaltungsrat der Fenaco, ebenso hat Ex-Bundesrat Ueli Maurer, damals Zürcher SVP-Nationalrat, die Interessen des Konzerns im Parlament vertreten.

«Die politische Macht der Agrarbranche wurde in den letzten Jahren stetig ausgebaut», sagt Bauer Baumann. Mit den letzten Wahlen ist diese Macht tendenziell noch grösser geworden: Die Zahl der Bäuerinnen und Bauern im Parlament stieg von 12 auf 20 und die der baernnahen Abgeordneten von 20 auf 30. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) mit seinem Präsidenten Markus Ritter (Mitte) wird damit noch einflussreicher. Das sind gute Neuigkeiten für die Fenaco, die nicht nur eine personelle, sondern auch eine organisatorische Nähe zum SBV hat. Der Verwaltungsratspräsident der Fenaco ist zugleich im Vorstand des SBV, und die Fenaco ist umgekehrt Mitglied beim SBV.

Mit den letzten Wahlen ist die Macht der Agrarbranche grösser geworden.

Der Bauernverband und die Fenaco führen zusammen auch die «Stiftung für eine nachhaltige Ernährung durch die schweizerische Landwirtschaft». 2022 hat Fenaco die Stiftung mit einer einmaligen Spende von 10 Millionen Franken gefüttert und sich damit zwei Sitze im Stiftungsrat gesichert. Die Stiftung finanziert Projekte, die Stadt und Land näher zusammenbringen sollen. So etwa die «farming days» im Luzerner Verkehrshaus. Unter dem Titel «Von Heugabeln und Drohnen: Landwirtschaft heute» will Fenaco Kinder und ihre Eltern für die Schweizer Landwirtschaft und ihre Produkte begeistern. Damit das Fenaco-Haus noch viele Jahrzehnte stabil bleibt.



Das offene Ohr

Marina Wyss
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Um die Kinder gekümmert: Kann ich Geld beim RAV beantragen?

Die Invalidenversicherung hat meinem Mann eine Teilrente zugesprochen. Diese reicht nicht aus, um unsere vierköpfige Familie zu ernähren: seit der Geburt des ersten Kindes habe ich mich um die beiden Kinder (ein- und dreijährig) gekümmert. Ich bin auf Stellensuche, bisher erfolglos. Da wir zu wenig Geld haben, meldete ich mich auch beim Sozialdienst der Gemeinde. Die Sozialarbeiterin hat mir geraten, mich beim RAV anzumelden, damit ich Arbeitslosenentschädigung erhalte, solange ich auf Stellensuche bin. Habe ich Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, obwohl ich seit 2020 nicht mehr arbeite?

MARINA WYSS: Ja, sofern sämtliche Voraussetzungen und insbesondere die Beitragszeiten erfüllt sind. Mit der Anmeldung beim RAV wird eine sogenannte Rahmenfrist eröffnet, innert derer während eines gewissen Zeitraums Beiträge entrichtet worden sind (Beitragszeiten). In der Regel müssen



ERZIEHUNG: Das RAV macht Ausnahmen bei der Kinderbetreuung. FOTO: ADOBE STOCK

Sie 12 Monate innert der letzten zwei Jahre gearbeitet haben, damit Sie Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben. Das Gesetz sieht für Versicherte, die sich der Erziehung ihrer jünger als zehnjährigen Kinder gewidmet haben, eine Ausnahme vor: die Beitragszeiten müssen innerhalb der letzten vier statt zwei Jahre erfüllt worden sein. Durch jede weitere Geburt eines Kindes wird die Rahmenfrist verlängert. In Ihrem Fall ist ausserdem massgebend, dass Ihr Mann invalid geworden ist. Das Gesetz sieht für solche Fälle sogar eine Befreiung von den Beitragszeiten vor.

IV-Rente: Erhalte ich Unterstützung für die Kinder?

In den letzten drei Jahren habe ich mich um unsere beiden kleinen Kinder gekümmert. Als mein Mann nur eine geringfügige IV-Rente zugesprochen erhielt, meldete ich mich beim RAV. Glücklicherweise habe ich aufgrund des Fachkräftemangels sofort eine Teilzeitstelle gefunden. Nun muss ich zwar sehr unregelmässig arbeiten, da aber mein Mann nun zu Hause bleibt, werden die Kinder von ihm betreut. Eine Nachbarin sagte mir, dass Eltern in solchen Fällen Unterstützung durch die öffentliche Hand erhalten. Stimmt das?

MARINA WYSS: Ja, Sie können sogar mehrere Ansprüche bei den Sozialversicherungen geltend machen. Ihr Mann bezieht eine IV-Rente, weshalb er von der IV zusätzlich Kinderrenten für die beiden Kinder erhalten sollte. Da Sie nun wieder begonnen haben zu arbeiten, haben Sie über Ihre Arbeitgeberin Anspruch auf Familienzulagen. Da Ihre Kinder noch klein sind, sind das mindestens 200 Franken Kinderzulage pro Kind. Sie können sich bei der Ausgleichskasse Ihres Wohnkantons melden. Übrigens unterscheiden sich die Höhe und die Arten der Familienzulagen je nach Kanton, weshalb Sie vielleicht Anspruch auf weitere oder höhere Zulagen haben.

Solidar Suisse kämpft für globale Fairness: Sie können mithelfen und an Faire Arbeitsbedingungen zu verschenken

Solidarität sollte nicht an den Landesgrenzen aufhören. Deshalb engagiert sich Solidar Suisse weltweit in über 60 Projekten. work stellt einige vor – und zeigt, wie Sie Gutes tun und Ihre Liebsten sinnvoll beschenken können.

MARIA KÜNZLI

Was Entwicklungszusammenarbeit und humanitäres Engagement mit der Unia zu tun haben? Viel! Denn der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und für mehr Solidarität darf nicht jenseits der Schweiz aufhören. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit Solidar Suisse ist 2005 aus dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) hervorgegangen, das 1936 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der SP Schweiz gegründet wurde. Seither konzentriert sich das Arbeiterhilfswerk auf nationaler Ebene, während sich Solidar Suisse international für faire Arbeit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und gegen extreme Ungleichheit einsetzt. Zurzeit ist Solidar Suisse mit über 60 Projekten in sechzehn Ländern und auf vier Kontinenten aktiv. work stellt Ihnen vier Engagements vor:

Gesundheit für Gerberinnen und Gerber in Bangladesch

«Made in Bangladesch» – wenn das auf dem Etikett Ihres T-Shirts steht, kann es gut sein, dass es unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde. Auch in der Lederindustrie (Gerberei), der zweitwichtigsten Exportbranche Bangladeschs, sieht es nicht besser aus. Kaum eine Arbeiterin oder ein Arbeiter hat einen Arbeitsvertrag, und täglich sind sie giftigen Substanzen ausgesetzt. Die meisten Arbeitgeber sind über 60 Projekten in sechzehn Ländern und auf vier Kontinenten aktiv. work stellt Ihnen vier Engagements vor: Gesundheit für Gerberinnen und Gerber in Bangladesch

nen und Politikern. Zum Projekt: rebrand.ly/solidar-bangladesch.

Mehr Rechte für Arbeitnehmende in Thailand.

Viele Menschen, die aus den umliegenden Ländern nach Thailand kommen, erhoffen sich Arbeit und ein besseres Leben als in der Heimat. Doch oft ist das Gegenteil der Fall. In Thailand leben rund vier Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die meisten ohne gültige Papiere und schutzlos: Oft werden sie von skrupellosen Arbeitgebern ausgebeutet. Besonders prekär ist die Situation in der Landwirtschaft. Der Lohn reicht kaum zum Überleben, Sozialleistungen sind wenig verbreitet, und Pestizide gefährden die Gesundheit. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, spannt Solidar Suisse mit dem Mekong Migration Network zusammen. Gemeinsam klären sie Arbeitnehmerinnen über ihre Rechte auf, organisieren Workshops und machen in Politik und Wirtschaft auf die Situation in der Landwirtschaft aufmerksam. Zum Projekt: rebrand.ly/solidar-thailand.

Eine Perspektive für Kinder in Burkina Faso

Im westafrikanischen Binnenland leben rund zweieinhalb Mal so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie in der Schweiz – und in Sachen Vielsprachigkeit kann die Schweiz da nicht mithalten: In Burkina Faso werden 59 Sprachen gesprochen. Lange wurde in der Schule ausschliesslich in Französisch unterrichtet, der Sprache der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Für viele Kinder war das schwierig, weil Französisch nicht ihre Muttersprache ist. Gerade jene aus ärmeren Familien konnten dem Unterricht nicht folgen, viele brachen die Schule ab. Dank Bildungsprojekten hat sich das in den letzten Jahren geändert: Die Zweisprachigkeit hat



WORKTIPP

SPENDEN UND SPAREN

Private dürfen Spenden an gemeinnützige Organisationen von den Steuern abziehen. In den meisten Kantonen sind 20 Prozent des Nettoeinkommens abziehbar. Eine Übersicht finden Sie hier: rebrand.ly/zewo-kantonliste. Eine Voraussetzung für den Steuerabzug ist, dass die Spende an eine gemeinnützige Organisation geht, die steuerbefreit ist. Darunter fallen alle NPO mit Zewo-Gütesiegel (siehe Spalte). Zudem verfügen alle Kantone über eine Liste mit steuerbefreiten Institutionen. Fragen Sie im Zweifelsfall bei Ihrer Steuerbehörde nach!

Eine Zukunft für Jugendliche in Bolivien

Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist in Bolivien weit verbreitet. Und jene, die eine Arbeit haben, sind oft prekären Bedingungen ausgesetzt. Drei Viertel der jungen Frauen und Männer arbeiten ohne Arbeitsvertrag im

Strassenverkauf, als Hausangestellte, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft. Viele finden den Einstieg ins Berufsleben nicht, weil sie nicht gelernt haben, wie man sich auf eine Stelle bewirbt und wie der Arbeitsmarkt funktioniert.

In Kursen werden junge Menschen für die Arbeitswelt fitgemacht.

Hier setzt Solidar Suisse an und bringt Jugendliche mit Behörden- und Wirtschaftsvertretern zusammen. In Bewerbungscachings und Kursen werden junge Menschen fit für die Arbeitswelt gemacht. Ausserdem werden sie

Weihnachten mit etwas Besonderem auftrumpfen

zu verschenken

ZEWO-SIEGEL

SPENDEN – ABER SERIÖS

Sie möchten eine gemeinnützige Organisation unterstützen, sind aber unsicher, ob das Geld auch wirklich dort ankommt, wo Hilfe benötigt wird, und ob die Organisation auch tatsächlich seriös ist? Orientierung bietet das Zewo-Gütesiegel. Nur Organisationen, die 21 Standards der Zewo erfüllen, werden mit dem Siegel ausgezeichnet. Die Zewo prüft und kontrolliert die zertifizierten Non-Profit-Organisationen (NPO) regelmässig. Wer das Gütesiegel für sich beanspruchen will, wird genau unter die Lupe genommen und muss die Spenden zweckbestimmt, wirtschaftlich und wirksam einsetzen.

AUF DEM PRÜFSTAND. Dabei müssen auch ethische Anforderungen erfüllt sein. Die NPO muss gut organisiert sein und angemessene Kontrollen durchführen. Die administrativen Kosten werden offengelegt, und die Organisation muss Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen. Weiter kontrollieren die Zewo-Standards faire Spendensammlungen und eine gewissenhafte Kommunikation. Auch Unabhängigkeit ist ein Muss: Das oberste Leitungsorgan muss zum Beispiel aus mindestens fünf voneinander unabhängigen Mitgliedern bestehen. (mk)

Hier finden Sie alle 21 Standards: rebrand.ly/zewo-standards

Sinnvoll schenken

Also warum dieses Jahr nicht, statt Geschenke zu kaufen, das Geld an sinnvolle Projekte spenden? Falls Sie an Weihnachten trotzdem nicht mit leeren Händen aufkreuzen möchten, sind vielleicht die Geschenkkarten von Solidar Suisse etwas für Sie: Eine Karte kostet 50 Franken, und Sie können projektgebunden spenden.

Hier geht's zu den Geschenkkarten: rebrand.ly/solidar-geschenkkarte
Weitere Infos: www.solidar.ch

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ERINNERUNGEN: Wer seine Bilder mit dem Handy verschickt, muss meist in Kauf nehmen, dass diese komprimiert werden. Doch das können Sie ändern. FOTO: PD

Nützliche Foto- und Video-Einstellungen

Wer mit Whatsapp, Signal und Threema Fotos und Videos verschickt, hat vielleicht schon gemerkt: Die Qualität der Bilder und Filme ist manchmal nur mässig. Der Grund ist, dass die Apps die Qualität vor dem Versenden reduzieren, um die Übertragung zu beschleunigen und den Handyspeicher nicht zu belasten. Wollen Sie wichtige Videos und Fotos dennoch in besserer Qualität verschicken, können Sie die Einstellungen entsprechend anpassen.

Die Qualität der Bilder und Filme ist manchmal nur mässig.

DIE TRICKS. Bei Signal und Threema kann man die Qualität pauschal für den gesamten Medienversand einstellen, bei Whatsapp auch für jedes einzelne Foto oder Video. Wollen Sie auf dem iPhone mit Whatsapp Fotos oder Videos innerhalb eines Chats versenden, drücken Sie beim iPhone auf das Pluszeichen im Chat, bei Android auf das Büroklammer-Symbol. Dort wählen Sie das gewünschte Video oder Foto aus. In der Ansicht vor dem Abschieben erscheint oben ein Symbol mit den Buchstaben «HD». Drücken Sie darauf, können Sie eine höhere Bildqualität auswählen. Bei Signal auf Android drücken Sie auf die drei Punkte oben und dann «Einstellungen». Auf dem iPhone finden Sie die «Einstellungen», indem Sie oben links auf das Kürzel des eigenen Kontos drücken. Dann wählen Sie «Datennutzung» > «Medienqualität für Versand». Bei Threema kommen Sie auf Android ebenfalls über die drei Punkte oben zu den «Einstellungen» und wählen dann «Medien». Auf dem iPhone öffnen Sie dafür die Einstellungen unten in der Threema-App. Aber aufgepasst: auf diese Weise kann sich der Handyspeicher schnell füllen. MARC MAIR-NOACK

Liebeskummer, Weihnachtsfest, Weihnachtslied

Es gibt kein Entkommen, sie sind überall. Und doch wäre Weihnachten ohne Weihnachtslieder nicht dasselbe. Eines von ihnen hat eine überraschende Geschichte.

MARIA KÜNZLI

Zählen Sie ganz schnell drei Weihnachtslieder auf. Nicht lange überlegen, einfach raus damit. Vielleicht fällt die Antwort so aus: «Last Christmas», «Stille Nacht», «O Tannenbaum». Man kommt in der Adventszeit nicht um sie herum, sie tönen aus dem Radio, beschallen beim Einkaufen, auf dem Weihnachtsmarkt und in der Playlist auf. Manchmal nerven sie gewaltig, und doch ist Weihnachten ohne sie nicht denkbar. Doch

wussten Sie, dass einer dieser Ohrwürmer zuerst gar kein Weihnachtslied war und bis heute sehr politisch ist?

DER TREUE NADELBAUM. Joachim August Zarnack (1777 bis 1827) hatte ein besonderes Hobby: Der deutsche Lehrer und Direktor des Potsdamer Militärwaisenhauses sammelte in seiner Freizeit Volkslieder und schrieb auch selbst welche. 1820 veröffentlichte er die Liedersammlung «Deutsche Volkslieder mit Volksweisen für Volksschulen». Für die Sammlung hatte Zarnack das damals bekannte Stück «Es lebe hoch, es lebe hoch, der Zimmermannsgeselle» zu einem Weihnachtslied um. Viel musste er dafür nicht ändern, weil die Tannenbaumsymbolik perfekt passte: Bereits seit dem Mittel-

Arbeiterbewegung: Der grosse Wandel von «O Tannenbaum» wird zur Arbeiterhymne

falsch ist dein Gemüte», heisst es da. Das unreue Wesen wird im Songtext in Kontrast zum Tannenbaum gestellt, der mit seinen immergrünen Nadeln als Symbol der Treue gefeiert wird. Vier Jahre nach der Veröffentlichung von Zarnacks Liedersammlung suchte Ernst Anschütz (1780–1861), Kantor an der Georgenkirche in Leipzig, nach Weihnachtsliedern für die bevorstehende Feier. Nicht das tausendmal gehörte Zeug sollte es sein, sondern schmissige Lieder, die auch Kinder gerne singen. So stiess er auf das eingängige Liebeskummerlied von Joachim August Zarnack und schrieb es zu einem Weihnachtslied um. Viel musste er dafür nicht ändern, weil die Tannenbaumsymbolik perfekt passte: Bereits seit dem Mittel-

alter wird der Tannenbaum im deutschsprachigen Raum mit Weihnachten in Verbindung gebracht. Anschütz entfernte ein-

Wussten Sie, dass dieser Ohrwurm bis heute politisch ist?

fach die anstössigen Zeilen über das unreue Mägdelein, und fertig war das Weihnachtslied. Die Liedzeile «O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie treu sind deine Blätter» liess er unverändert. Erst viele Jahre später setzte sich die Variante «O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie grün sind deine Blätter» durch.

ARBEITERBEWEGUNG. Dass «O Tannenbaum» als Weihnachtslied weltweit bekannt wurde, erlebte Ernst Anschütz nicht

mehr. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam der Tannenbaum so richtig in Fahrt und wurde in viele Sprachen übersetzt. Vorher wurde die Ohrwurmmelodie aber immer wieder für politische Zwecke genutzt. Ende des 19. Jahrhunderts entdeckte auch die erstarkende Arbeiterbewegung die Melodie für sich: Den Text zu «The Red Flag» schrieb der irische Aktivist Jim Connell 1889, zwanzig Jahre später wurde das Lied in der ersten Ausgabe des «Little Red Songbook of the Industrial Workers of the World» abgedruckt. «The Red Flag» wurde schliesslich international zum Soundtrack der Arbeiterinnen und Arbeiter und wird bis heute oft an Parteitag der britischen Labour Party gesungen.

«LAST CHRISTMAS» DOCH KEIN OSTERLIED

Wussten Sie, dass «Last Christmas» von Wham! ursprünglich als Ostersong gedacht war? Laut Gerüchten suchte die damalige Plattenfirma der Band für 1984 kurzfristig einen Weihnachtsong. Frontmann George Michael hatte ein Lied namens «Last Easter» in der Schublade liegen, das er spontan zu «Last Christmas» umtextete. Dass sein Osterlied einmal zu einem der bekanntesten Weihnachtslieder überhaupt werden würde, hat er damals wohl nicht erwartet. (mk)

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Können meine Ferien abgelehnt werden?

Ich mache meine Lehre als Dentalassistentin und habe noch zwei Wochen Ferien bis zum Jahresende. Mein Arbeitgeber lehnt meinen Antrag auf Urlaub zum Jahresende wegen hoher Arbeitsbelastung ab und schlägt stattdessen vor, dass ich bis zum Jahresende jeweils am Freitagnachmittag freinehme. Darf er das tun?«

hast, hat der Arbeitgeber aber das Recht, einen zusammenhängenden Urlaub abzulehnen. In deinem Fall muss eine Lösung gefunden werden, die



Felicia Fasel, Jugendsekretärin. für beide Seiten akzeptabel ist. Der Vorschlag deines Arbeitgebers kann ein vernünftiger Kompromissvorschlag sein. Das hängt aber auch von den spezifischen Bestimmungen des anwendbaren Gesamtarbeitsvertrags (GAV) und den internen Regeln des Unternehmens ab.»

«Das ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Bis zum Alter von 20 Jahren gewährt das Gesetz fünf Wochen Ferien pro Jahr, wobei diese rechtzeitig beantragt werden müssen. Sobald die Zustimmung erfolgt ist, kann der Arbeitgeber den Zeitraum nicht ohne dein Einverständnis ändern. Falls du bereits zwei aufeinanderfolgende Wochen Ferien genommen

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.

O TANNENBAUM: Der oft besungene Nadelbaum war ursprünglich kein Symbol für Weihnachten, sondern für Treue. FOTO: GETTY IMAGES

workrätzel Gewinnen Sie 400 Franken Reka-Card-Guthaben!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Cards: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.

www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 20
Das Lösungswort lautete: PENSIONSKASSE



Auslieferung, Verkauf			falsch, abwegig	Ackergerät	passend, günstig			Abendmahl-schale (Sage)	eingedickter Fruchtsaft	lat.: und	schweiz. Slampöetin (Lara)		Schlange im Dschungelbuch		mobile Verkaufsstelle	Über-setzboot, Wasserfahrzeug	Lehrer Samuels	Gestalt d. Nibelungen-sage
Krankheitskeim								ganz, vollständig							5	Märchengestalt		
Doppelkonsonant			relig. Bräuche		Silberfäden								(jmdm. etwas) zufügen		Compu-ter-taste			
Zürcher Honiggebäck								Unterstützung		Emme-zufluss		Moti-vation						12
	7				Schiffsleinwand		Christ-kind		4							Tanz-theatergebäude	Blut-armut	
wüstes Gelage		Kissenhülle		aneinander-gereiht									Gesetz-ordnung		d. Mund betreffend			
Flachland Mz.						kleiner Flugzeugtyp		männl. Ente		männl. Hunde								dt. Vorsilbe
				schweiz. Kunst-sammler † 2010		Schieds-richter-utensil Mz.									Vorn. v. Cu-che		Zch. f. Gold	
Lagebezeichnung	Herr-scher-titel		jurass. Organi-sation							äusserst schnell			Blech-gefässe					
Christbaum-schmuck					Türn-gerät		derbes Lust-spiel		Fluss durch Basel						2	Gewebe-knoten		Nachlass erhalten
			Datei (engl.)		mündl. Fach-bericht								Comic-figur: Lucky ...		zu keiner Zeit			
alter Klavier-jazz (Kw.)		schweiz. Cabaret (1949-1960)							Segel-kom-mando: Wendet!			süsser Schnaps		1				
Form des Aus-drucks				Initialen e. frz. Film-dols der 60er		Autokz. Kanton Uri		bunte Tanz-show							Präpo-sition		längster Fluss Italiens	
Anschaf-fung, Kauf		Weih-nachts-gebäck							3			Weih-nachts-symbol						
					ital. Tonbez. für das D			adlige Frau							Edelgas			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 19. Januar 2024

DEN PREIS, ein von der Firma WAGNER AG offeriertes Apple iPad, hat gewonnen:
Urs Stampfli, Halten SO
Herzlichen Glückwunsch!

INSERAT



Am 3. März stimmen wir ab und sagen:

JA zu AHV x13
NEIN zu Rentenalter 67

Überzeugen wir gemeinsam möglichst viele Leute!
Mach mit in unserer Kampagne für gute Renten!
Merke dir unsere AHV-Aktionstage vom 1. und 3. Februar vor.

AHV x13
JA!
am 3. März 2024

Melde dich bei deinem Unia-Sekretariat



WORKLESERFOTO



Ein Jäger bei der Arbeit

WANN 1. Dezember 2023
WO Umgebung von Frauenfeld
WAS Rotmilan auf Beutefang
 Eingesandt von Max Althaus, Frauenfeld

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

1. Dezember 2023 **workpost**

Streik beim Modehändler Gucci
 ROM. Eine italienische Modemarke...
PK-Renten auf dem Tiefststand
 BEWERTUNG. Eine neue...
Unia wirkt - auch für die Jungen
 Die Unia engagiert sich für Lernende...
Streiks in der Romandie
 Eine...
«Lernende sind keine billigen Arbeitskräfte»
 Wer die Lehre in einer Schreinerie machen will, darf sich nicht vor grossen Maschinen und kleinen Holzspänen fürchten. Zu Besuch bei Schreiner André Flückiger und Stift Gregory Schaller hobeln gemeinsam.

WORK 20 / 1.12.2023: «LERNENDE SIND KEINE BILLIGEN ARBEITSKRÄFTE»
Sehr gefragt

Hervorragender Beitrag, ich stimme vollkommen zu. Der Wert einer Lehre sollte in der jungen Generation nicht unterschätzt werden. Durch eine Lehre erwirbt man nicht nur Disziplin in der Arbeitswelt, sondern auch lebenswichtige Fähigkeiten, die einem niemand mehr nehmen kann, sobald man den Abschluss in der Hand hält. Darüber hinaus sind Fachkräfte mit abgeschlossener Lehre weiterhin sehr gefragt. Eine Ausbildung im Ausland lässt sich nämlich nicht einfach mit den Standards in der Schweiz vergleichen.

TIMO KELLER, VIA WORKZEITUNG.CH

Lohn muss auch stimmen

Die Lehre ist nach wie vor ein guter und sinnvoller Einstieg ins Berufsleben. Aber nur dann, wenn die Lernenden auch wirklich etwas lernen. Und natürlich müssten auch die Löhne nach der Lehre stimmen. Sonst werden die handwerklichen Berufe immer unattraktiver. Und wer baut dann noch unsere Häuser oder flickt den Rohrbruch?

ELSBETH MÜLLER, PER MAIL

Ganz genau!

Das ist alles korrekt in diesem Artikel. Und ein solcher Betrieb sollte ein Vorbild sein für andere.

MICHAEL SCHMID, PER MAIL

WORK 19 / 17.11.2023: BEREIT FÜR DIE DIGITALE ZUKUNFT
Dickes Lob!

Werte Redaktion. Zunächst ein ganz dickes Lob für Eure Zeitung. Es ist ein Universalformat, das es tatsächlich schafft, über die ganze Welt zu berichten. Ihr schafft es, im Gegensatz zu anderen Gewerkschaftsgazetten, über den Teller- rand zu blicken, und das bissig, kurzweilig, journalistisch auf hohem Niveau und vor allem mit Humor. Bedauerlich, dass work in Zukunft nur noch jede dritte Woche erscheint, die Tage vor dem zweiten Freitag kamen mir bisher schon immer unendlich lang vor! Ich verstehe Eure Gründe dafür, aber für mich ist nur eine Printausgabe eine Zeitung, den ganzen Digitalkram finde ich dagegen überflüssig. Bin sonst nicht altmodisch...

RAINER GLEU, PER MAIL

WORK 20 / 1.12.2023: DUNKLE ZEITEN FÜR BEIDE SEITEN
Ich träume weiter

Die Schweiz verzichtet auf eine Armee und bildet ein Heer von Diplomatinen und Mediatoren aus. Diese könnten von allen Ländern und Organisationen kostenlos angefordert werden. Gewalt ist keine Lösung! Sie führt zu noch mehr Hass und Elend. Über kurz oder lang werden wir gezwungen sein, miteinander zu verhandeln. Hier könnte die Schweiz einen glaubwürdigen Beitrag leisten. Mir ist klar, dass mein Wunsch von vielen als naiv bezeichnet wird. Ich

hoffe und träume weiter von einer friedlichen Welt.
 DANIELA GERSPACHER-PIGUET, OENSINGEN SO

WORK 20 / 1.12.2023: «FRÜHER HATTE UNSEREINS NOCH GELD IM SACK»
Zu wenig Geld

Der Lohn eines Gerüstbauers ist viel zu tief. Es wäre sehr gut, wenn es für diese Arbeit mehr Geld gäbe.

IBRAHIM ASANI, VIA FACEBOOK

WORK 20 / 1.12.2023: WENN DER TRAMFAHRER MIT DER KLIMA-AKTIVISTIN...
Sie werden oft vergessen

Das finde ich interessant, dass die Tramfahrerinnen und Tramfahrer sich in Berlin fürs Klima engagieren. Oft vergessen wir, dass viele Menschen schon jeden Tag einen Beitrag zur Klimawende leisten. Ich glaube, die Tramfahrer können mehr bewirken als alle, die sich jetzt an der Klimakonferenz wichtig tun und über den Ablasshandel mit den CO₂-Zertifikaten sprechen, statt ernsthafte Wege aus dem Verbrauch von Erdöl und Erdgas zu suchen.

ANNA KELLER, PER MAIL

Schreiben Sie uns
 Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbriefe.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



**MORITZ BICHLER
KLAVIER,
KATZE UND
KOCHKUNST**

Moritz Bichler lebt in der Stadt Zürich. Er teilt seine Wohnung mit seiner vierjährigen blinden Katze Luna und vielen Pflanzen. Seit mehr als zehn Jahren spielt das Klavier eine wichtige Rolle in seinem Leben, ob beim Improvisieren oder beim Nachspielen der Stücke seiner Lieblingspianisten. Er ist schon lange Jahre ein Bewunderer des kanadischen Musikers Chilly Gonzalez. Die Musik von Gonzalez hat ihn auch dazu gebracht, selber Klavier zu spielen. Ansonsten kocht er gerne und verwendet dabei nicht selten selbstgebautes Gemüse aus dem eigenen Garten.

VELOREISEN. Das Velo ist für Bichler als Velokurier in den Sommermonaten nicht nur ein Arbeitsinstrument, sondern auch das passende Fortbewegungsmittel in den Ferien. Letzten Sommer radelte er mit Zelt und Velo von Zürich nach Marseille. Solche Reisen findet er besonders schön, weil er spontan und in seinem eigenen Tempo von Ort zu Ort ziehen kann.



Marroniverkäufer Moritz Bichler (34) hat ein Auge für Kastanien und Menschen

«Heiss! Heissi Marroni!»

Nach einer persönlichen Krise fand Moritz Bichler zu seinem Beruf als Marroniverkäufer. Seit kurzem hat er auch den passenden Sommerjob dazu.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS NICOLAS ZONVI

«Ich bin Marronibrötler, Marroniverkäufer, Marronimaa», sagt der 34jährige Zürcher Moritz Bichler über sich selbst. Auch bei frostigen Temperaturen ist er draussen im Marronidampf und raucht selbstgedrehte Zigaretten. Seit zehn Jahren ist Bichler Teil der «Marronigruppe Albisriederplatz und Utoquai», einem Kollektiv mit zehn Personen, das im Zürcher Kreis vier und am Zürichsee zwei Marronistände betreibt. Die Gruppe wurde in den 80er Jahren gegründet, damals, als es noch viele besetzte Häuser und nur ganz wenige Marronistände in der Stadt gab. Genormte Marronihäuschen gibt es inzwischen Dutzende in Zürich, aber noch immer nur das eine Kollektiv: «Wir sind einzigartig», sagt Bichler über die selbstverwaltete Marronigruppe. Einmal im

Monat trifft sich das Kollektiv zum Znacht, dann werden auch die Schichtpläne gemacht, Bestellungen organisiert und die Zusammenarbeit besprochen. Im Moment ist der Stundenlohn für alle Mitarbeitenden auf 30 Franken angesetzt, plus einem arbeits- und umsatzabhängigen Bonus zum Ende der Saison.

FOTOS DER KUNDSCHAFT. Im Winter arbeitet Bichler fünf Tage pro Woche: Der Stand am Albisriederplatz ist täglich von 11 Uhr bis 19 Uhr und bei jedem Wetter offen. Dank den Marroniöfen ist Bichler auch nach acht Stunden bei eisigen Temperaturen nicht unterkühlt. «Was mir an diesem Standort besonders gefällt, ist das breite Spektrum von Menschen, die hier unterwegs sind.» Seit einigen Wochen mache er jetzt auch Portraitfotos von Kundinnen und Kunden. «Mein Vater war Fotograf und mein Grossvater auch.» Bichler selbst wollte diesen Weg ebenfalls einschlagen, hat sich jedoch nach mehreren Jahren Fotografierens dagegen entschieden; im nachhinein eine sehr gute Entscheidung.

Jetzt könne er ohne Druck fotografieren, wann und was er wolle. Nachdem er das zehnte Schuljahr und den gestalterischen Vorkurs abgebrochen hatte, arbeitete er in der Küche und als Plakatierer. Durch einen Freund seiner Eltern fand er nach einer depressiven Phase ins Marronikollektiv.

PERFEKTE MARRONI. Das Ziel seiner Arbeit sei es, die Marroni immer möglichst frisch zu produzieren. Es dauert etwa zwanzig Minuten, bis die Marroni durch sind. Wenn er zu wenige geröstet hat, muss die Kundschaft warten. Abzuschätzen, wie viele Menschen hungrig auf Marroni sind, da entwickle man mit der Zeit ein Gespür dafür, sagt Bichler. Am späteren Nachmittag sind sie dann immer zu zweit am Stand, so dass jemand bräteln und jemand verkaufen kann.

Weil die Marronigruppe schon viele Jahre den gleichen Standplatz nutzt und für die Qualität ihrer Marroni bekannt sei, hätten sie auch eine grosse Stammkundschaft. Die faulen Marroni würden bei ihnen konsequent aussortiert, und als Spezialität wird immer Rotchabis beige mischt. Das erhöhe nicht nur den Feuchtigkeitsgehalt, sondern gebe den Marroni auch das gewisse Etwas im Geschmack: «So wie das Lorbeerblatt in der Tomatensauce», sagt Bichler. Der Chabis sei das Markenzeichen des Kollektivs und ist auch auf den Marronisäckchen abgebildet.

Das Schöne an seinem Beruf sei, dass ein einziges Produkt im Zentrum stehe und dieses sehr lecker und erst noch gesund sei. «Das möchte ich möglichst perfekt machen», sagt Bichler. Am Anfang der Saison habe er ungefähr einen Drittel aller Marroni aussortieren müssen. «In Italien war

es im Oktober so heiss, dass viele Marroni schon an den Bäumen verfault sind.» Die Qualität der Marroni sei ein Problem für die ganze Branche.

Durch den Klimawandel komme es in Zukunft wahrscheinlich zu noch mehr Ausfällen. Das Kollektiv beziehe seine Marroni schon seit den Anfängen immer vom selben Lieferanten. Dieser hat gute Beziehungen zu den Produzenten, hauptsächlich in Italien. Im Tessin gebe es zwar Marroniwälder, aber nicht genügend qualitativ hochwertige Marroni und keine professionelle Produktion.

KLAVIER NACH FEIERABEND. Nach acht Stunden hinter dem Marroniöfen ist Bichler jeweils fix und fertig. Er sagt: «Ich bin sensibel gegenüber dem Autolärm und den ganzen Eindrücken des Strassenlebens.» Am Abend gehe er meist direkt nach Hause und spiele Klavier, um das Gewusel der Strasse hinter sich zu lassen. Am Wochenende arbeitet Bichler oft auch am Zürichsee. Bei schönem Wetter sei dort richtig Action und Grossandrang. «Dort wird nonstop gebrätelt, bis es dunkel ist.» Das sei intensiv, aber auch sehr schön.

Die Saison als Marroniverkäufer endet Anfang März. Dann sattelt Bichler aufs Velo um. Seit letztem Sommer hat er für die Sommermonate einen Job als Velokurier. «Ich habe lange gesucht, bis ich den passenden Job für den Sommer gefunden habe», sagt er. Wie lange er das machen werde, kann er noch nicht sagen. Als Marroniverkäufer hat er möglicherweise noch eine lange Karriere vor sich: In St. Gallen am Bahnhof gebe es einen 85jährigen Marroniverkäufer, der jetzt seine 69. Saison mache.



MARKENZEICHEN: Den Marroni des Zürcher Kollektivs wird im Ofen Rotchabis beigemischt. Das sorgt für mehr Feuchtigkeit und gibt den Marroni eine spezielle Note.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Hans Baumann, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Jana Freundt, Marius Käch, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.